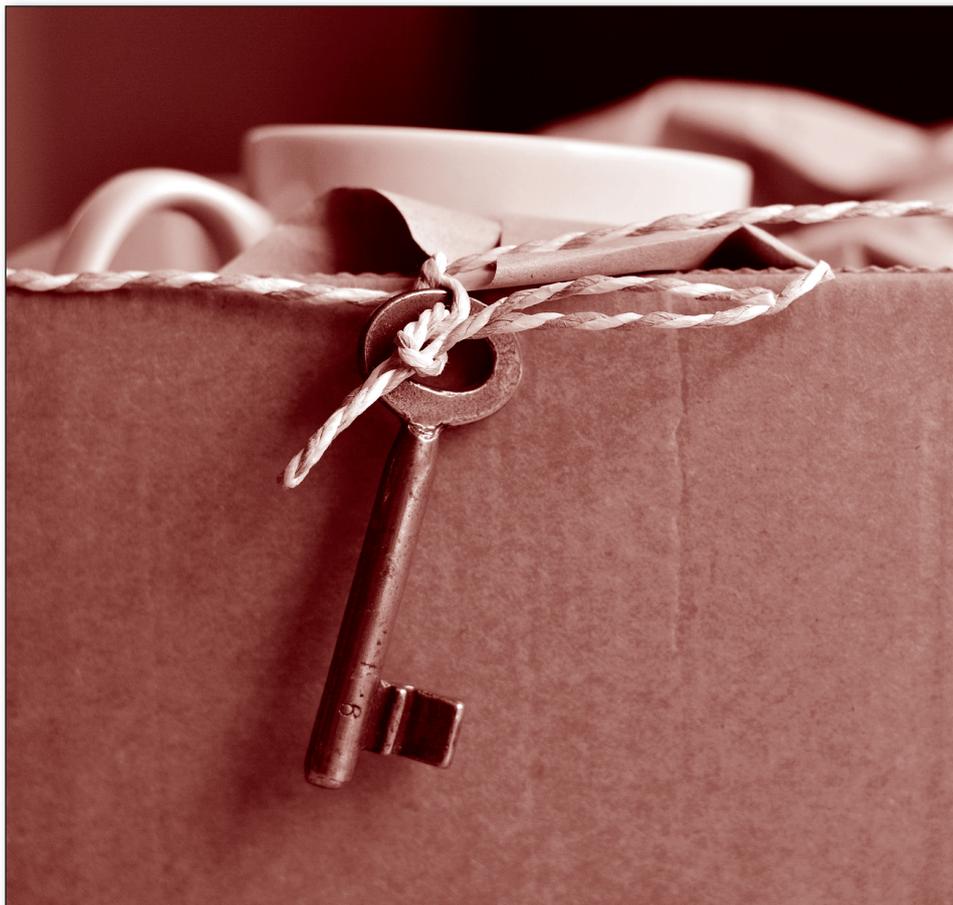


Katholische
Landesarbeitsgemeinschaft
Kinder- und Jugendschutz NRW e.V.

THEMA JUGEND

ZEITSCHRIFT FÜR JUGENDSCHUTZ UND ERZIEHUNG

■ ■ ■ ■ ■ (K)EIN ZUHAUSE



**Wohnen als
soziale Frage**

**Wohnraum für
Auszubildende**

**Beratung in
Wohnungsnotfällen**



INHALT

THEMA

Monitor „Jugendarmut“: Mit einem Bein auf der Straße
Daten und Forderungen zur Wohnsituation junger Menschen
Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit e.V. 3

Wir wollen wohnen
Wohnungsnot junger Erwachsener als gesellschaftspolitische Herausforderung
Landesarbeitsgemeinschaft der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege in Bayern / Landesarbeitsgemeinschaft Jugendsozialarbeit Bayern 6

Sozial und bezahlbar
Wohneinrichtungen für Auszubildende stärken
Verband der Kolpinghäuser e.V. 9

Zukunftsperspektiven für junge Menschen finden
Sofahopper.de berät in Wohnungsnotfällen
Stiftung Off Road Kids 12

MATERIAL ZUM THEMA

Material für Fachkräfte 16

Material für Kinder und Jugendliche 19

Material für Eltern 19

KOMMENTAR

Willkommen, Kinder?!
Lea Kohlmeyer 20

BÜCHER & ARBEITSHILFEN

Bundesvereinigung Lebenshilfe / Tadel verpflichtet! (Hrsg.):
Demokratie schützen – Gefährliche politische Ideen erkennen. Broschüre in Leichter Sprache 21

Medienprojekt Wuppertal: **Cybergrooming. Filmreihe mit Kurzspielfilmen und Interviews** 21

Manuela Olten / Melanie Fenzl: **Die Kinderrechte. Legekreis für Kinder im Grundschulalter** 21

Deutsche Kinder- und Jugendstiftung (Hrsg.):
Was macht gute Demokratiebildung aus? Reflexionsheft für die Umsetzung von Demokratieprojekten 22

Theresa Bodner: **In mir drin ist's bunt. Kinderbuch über Ausdrucksmöglichkeiten für Gefühle** 22

Beratungsstelle Liebelle (Hrsg.): **Erklär-Hefte zu „Sexting“ und „Pornos“ in Leichter Sprache** 22

Dagmar Pauli: **Die anderen Geschlechter. Nicht-Binarität und ganztrans* normale Sachen** 22

INFORMATIONEN

IN EIGENER SACHE

VORWORT



Willkommen in dieser Ausgabe!

Wohnen bedeutet mehr als ein Dach über dem Kopf zu haben. Insbesondere für junge Menschen bildet ein angemessenes und sicheres Zuhause die wichtige Basis für die gelingende Bewältigung von Entwicklungsaufgaben und stellt einen wertvollen Erfahrungsraum für Selbstwirksamkeit dar. Dass ausreichender und bezahlbarer Wohnraum in Deutschland für Kinder, Jugendliche und ihre Familien sowie für junge Erwachsene nicht selbstverständlich ist, zeigt nicht zuletzt der 2024 vom Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) vorgelegte Referentenentwurf eines Nationalen Aktionsplans gegen Wohnungslosigkeit (RefE Nationaler Aktionsplan). Darin werden die Vermeidung und Überwindung von Wohnungs- und Obdachlosigkeit und die bedarfsgerechte Unterstützung als sozialstaatliche Pflichtaufgabe definiert.

Die vorliegende **THEMA JUGEND** nimmt Wohnen und (drohende) Wohnungslosigkeit junger Menschen in den Blick. Dabei weiten die Beiträge die Perspektive aus und betrachten die Wohnsituationen Heranwachsender im Zusammenhang mit (Jugend-)Armut und den finanziellen Ausgangslagen von jungen Menschen in der Phase der Verselbständigung. Abgeleitet werden zudem Empfehlungen, um Wohnungsnot zu begegnen und Forderungen bezüglich der Wohnsicherheit junger Menschen. Dass Heranwachsende in Wohnungsnotfällen spezifische Hilfen präventiver wie praktischer Art brauchen, um (wieder) einen Weg in gesellschaftliche Teilhabe und (Aus-)Bildung zu erhalten, wird ebenso gezeigt wie die Bedeutung sozialpädagogisch begleiteten Azubi- und Jugendwohnens für einen gelungenen Start in ein selbständiges (Berufs-)Leben.

Wohnungslosigkeit junger Menschen ist oftmals unsichtbar, wie die Beiträge der Ausgabe zeigen. Umso wichtiger sind niedrigschwellige Angebote, die Heranwachsende ohne familiären Rückhalt in sogenannter „verdeckter“ Obdachlosigkeit frühzeitig unterstützen. Neue digitale Ansätze der Beratung werden vorgestellt, die gemeinsam mit jungen Menschen tragfähige Zukunftsperspektiven entwickeln und neben einem Zuhause wieder Zugang zu Selbst- und Mitbestimmung eröffnen.

Wohnen ist ein Grundbedürfnis – darin sind sich die Beiträge dieser **THEMA JUGEND** einig. Das Recht auf angemessenen Wohnraum ist in Artikel 11 des Internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (UN-Sozialpakt) verbrieft. Mit Blick auf die Lebenslagen junger Menschen und die Wohnsicherheit Heranwachsender wird die Aufnahme des „Rechts auf Wohnen“ ins Grundgesetz empfohlen.

Eine anregende Lektüre wünscht Ihnen mit herzlichen Grüßen aus der Redaktion

Lea Kohlmeyer

Dr. Lea Kohlmeyer

Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit e.V.

Monitor „Jugendarmut“: Mit einem Bein auf der Straße

Daten und Forderungen zur Wohnsituation junger Menschen

„Jugendarmut hat viele Gesichter“, so überschreibt die Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit (BAG KJS) e.V. ihren Monitor Jugendarmut¹, eine Darstellung aktueller Daten, Zahlen und Fakten zur Lebenssituation junger Menschen in Deutschland, die von Armut bedroht oder betroffen sind. Einer der Schwerpunkte des Monitors Jugendarmut ist das Thema „Wohnen“. Vorgestellt werden die finanziellen Ausgangslagen von jungen Menschen (in Ausbildung und Studium), die Lage auf dem Wohnungsmarkt für Heranwachsende sowie die Forderungen der BAG KJS in Bezug auf die Wohnsicherheit junger Menschen.

▶ Wohnen ist ein Grundbedürfnis

Bezahlbarer Wohnraum ist jedoch alles andere als selbstverständlich. 54 % der Jugendlichen sorgen sich wegen teuren Wohnraums. Das ist mehr als jede*r Zweite.² Von denen, die aktuell auf der Wohnungssuche sind, schätzen sieben von zehn (69 %) der 16- bis 29-Jährigen die Suche als schwierig ein.³

Ein Grund: Es gibt immer weniger Sozialwohnungen. Seit 2006 hat sich der Bestand von mehr als 2 Millionen auf nur noch 1,071 Millionen halbiert. Dies liegt daran, dass mehrere zehntausende Wohnungen pro Jahr aus der Sozialbindung fallen.⁴

Die Folge: Hohe Wohnkosten belasten — besonders die, die schon wenig haben. Haushalte mit niedrigem Einkommen haben die höchste Mietbelastung (Verhältnis zwischen Bruttokaltmiete und Haushaltsnettoeinkommen).⁵



Unter hohen Mieten leiden besonders Alleinerziehende und Einpersonenhaushalte. Ihre Mietbelastung lag 2021 bei durchschnittlich 30 %, bei Paaren oder Familien mit Kindern lediglich bei gut 20 %. Zum Vergleich: Die durchschnittliche Mietbelastung für alle Haushalte betrug rund 27 %. Der Anteil der Überbelastung, also der Mieter*innen, deren Mietbelastung über 40 % des Nettoeinkommens beträgt, liegt mit 13 % auf einem hohen Niveau.⁶ 21,2 % ist die wohnkostenbereinigte Armutsquote – statt 14,4 % in der konventionellen Armutsquote. Berücksichtigt man Wohnkosten in der Armutsmessung, wird damit eine zusätzliche Gruppe von 5,4 Millionen Menschen sichtbar, die an oder unter

der Armutsgrenze leben. Entsprechend sind 17,5 Millionen statt 12,1 Millionen Menschen in Deutschland von Armut betroffen.⁷

Das Nest verlassen – aber ohne Flügel

Wohnkosten und Mietpreise treffen junge Menschen in der finanziell unsicheren Lebensphase der Existenzgründung besonders. 35 % aller **Studierenden** waren 2023 armutsgefährdet — unabhängig von ihrer Wohnsituation (Quelle: destatis 2024). 77 % der Studierenden, die allein oder ausschließlich mit anderen Auszubildenden oder Studierenden zusammen lebten, waren armutsgefährdet.⁸

54 % ihres Haushaltseinkommens müssen Studierende im Schnitt aufwenden, um ihre Miete zu bezahlen — wenn sie nicht mehr im Elternhaus leben (Quelle: Handelsblatt 2024). Im bundesweiten Durchschnitt geben die Deutschen 25 % für ihre Wohnkosten aus.

Zwei von drei der Studierenden, die einen Haushalt allein oder zusammen mit anderen Studierenden und Auszubildenden bewohnten, galt 2023 durch die Wohnkosten als überlastet (61 %).⁹ Zum Vergleich: In der Gesamtbevölkerung lag der Anteil bei 13 %.

47 % der Studierenden lebt heute noch bei den Eltern – fast jede*r Zweite. Das ist ein deutlicher Anstieg in den letzten 20 Jahren. 2002 waren es nur ein knappes Drittel (31 %) der Studierenden.¹⁰

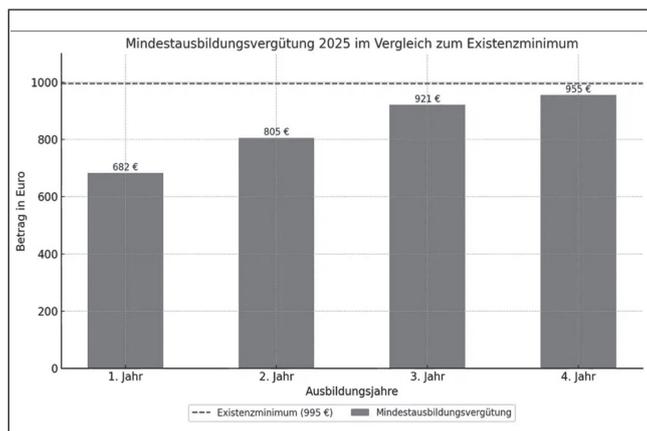
18 % aller **Auszubildenden** waren 2023 armutsgefährdet — unabhängig von ihrer Wohnsituation. 54 % der Auszubildenden, die allein oder mit anderen Auszubildenden oder Studierenden zusammen lebten, waren armutsgefährdet.¹¹

42 % des Haushaltseinkommens müssen Auszubildende durchschnittlich aufwenden, um ihre Miete zu bezahlen — wenn sie nicht mehr im Elternhaus leben.¹² Im bundesweiten Durchschnitt geben die Deutschen 25 % für ihre Wohnkosten aus.

Jede*r zweite Auszubildende galt 2023 als überbelastet durch Wohnkosten (47 %).¹³ Zum Vergleich: In der Gesamtbevölkerung lag der Anteil bei 13 %.

Finanzen in Ausbildung und Studium

995 Euro beträgt das festgelegte Existenzminimum der Bundesregierung 2025¹⁴. 867 Euro hat die Hälfte der Studierenden mit eigener Haushaltsführung im Monat zur Verfügung¹⁵. 1.240 Euro hat die Hälfte der Auszubildenden mit eigener Haushaltsführung im Monat zur Verfügung.¹⁶ Die Mindestausbildungsvergütung 2025 liegt darunter. Azubis, die 2025 ihre Ausbildung beginnen, bekommen diese Mindestvergütung:



479 Euro kostet ein WG-Zimmer in deutschen Hochschulstädten durchschnittlich¹⁷, 380 Euro beträgt die BAföG-Wohnkostenpauschale. Mit 380 Euro reicht die BAföG-Wohnkostenpauschale an zwei Standorten in Deutschland für eine ausreichende Mietunterstützung: Magdeburg und Chemnitz.¹⁸

Anspruch auf Wohngeld haben für Schüler*innen, Studierende und Auszubildende in der Regel nicht, wenn sie BAföG oder Berufsausbildungsbeihilfe (BAB) erhalten oder erhalten könnten. Dass die vorgesehene Pauschale für Wohnkosten nicht ausreicht, erleben auch mehr als 12 % der Bürgergeld-Haushalte in Deutschland. Diese müssen im Schnitt mindestens 100 Euro Wohnkosten aus dem Regelsatz bestreiten.¹⁹

Hohe Nachfrage, kleines Angebot

Bezahlbare Wohnungen sind knapp und eine Besserung auf dem Wohnungsmarkt ist nicht in Sicht: Neun bis 10 Interessent*innen kommen in den meisten Städten, die der MLP Studentenwohnreport betrachtet, auf ein WG-Zimmer bzw. eine kleine Wohnung unter 40 Quadratmeter.²⁰

Die Anzahl inserierter kleiner Wohnungen und WGs hat sich insgesamt reduziert: An 29 der 38 vom Institut der deutschen Wirtschaft betrachteten Standorte ist das Angebot rückläufig.²¹ In München beispielsweise stehen 42.000 Auszubildenden 779 Plätzen im Azubiwerk gegenüber.²²

Besonders teuer sind sieben Städte. Hier liegen die mittleren Angebotsmieten über 500 Euro für ein WG-Zimmer (absteigende Reihenfolge): München, Frankfurt, Berlin, Hamburg, Köln, Düsseldorf und Stuttgart.²³ Und die Mietpreise für Studierendenwohnungen steigen weiter rapide:

- Berlin: + 9,4 %
- Leipzig: + 9,3 %
- Greifswald: ca. + 8,1 %
- Bochum: ca. + 7,6 %
- Hamburg: ca. 6,9 %
- Durchschnitt: + 5,1 %

Ein Grund dafür ist, dass viele Personengruppen um kleine und günstige Wohnungen konkurrieren: Auszubildende, (internationale) Studierende, Fernpendler*innen, Berufseinsteiger*innen sowie Senior*innen.²⁴

Die Wohnungsnot verschärft die Armutsproblematik bei jungen Menschen: Ohne stabile und bezahlbare Wohnverhältnisse sind sie eingeschränkt in ihren Entfaltungsmöglichkeiten und haben schlechtere Chancen auf Bildung, gesellschaftliche Teilhabe sowie beruflichen Erfolg. Das erhöht wiederum das Risiko der langfristigen Armut.

Nach den Leitlinien des Deutschen Instituts für Menschenrechte werden diese Aspekte für Mindeststandards in der Unterbringung identifiziert.²⁵



Ohne Dach, ohne Perspektive

439.500 Personen waren 2024 in Deutschland wegen Wohnungslosigkeit in Einrichtungen untergebracht. Obdachlose Personen und Formen von verdeckter Wohnungslosigkeit werden nicht in der Statistik berücksichtigt.²⁶ 40 % der Ursachen für Wohnungslosigkeit junger Menschen sind u. a. Brüche mit der Herkunftsfamilie bzw. dem Elternhaus, Ausstieg aus einem bestehenden Hilfesystem oder Fluchtgeschichten.²⁷

Die Forderungen der BAG KJS: Wohnen ermöglichen und Wohnsicherheit schaffen

Die Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit erhebt auf der Grundlage der dargestellten Daten folgende Forderungen in Bezug auf die Wohnsituation junger Menschen:

- Das Recht auf Wohnen ins Grundgesetz aufnehmen.
- Bezahlbaren und bedarfsgerechten Wohnraum schaffen sowie wirksame Instrumente gegen unverhältnismäßige Mietersteigerungen einführen.
- Jugendspezifische Mindeststandards für Notunterkünfte für Wohnungslose einführen.
- Präventionsprogramme zur Vermeidung von Wohnungsverlusten bei jungen Menschen auf- und ausbauen.
- Sozialpädagogisch betreutes Jugendwohnen und jugendgerechte Wohnformen stärker fördern.
- Sozialen Wohnungsbau deutlich verstärken, insbesondere zu Gunsten junger Menschen und Familien. Armutsbetroffene Personen im Sinne einer partizipativen Stadtplanung und Wohnraumpolitik über Beteiligungsforen sowie andere niedrigschwellige Formate einbeziehen.
- Die Handlungsfähigkeit von Trägern und Sozialverbänden, die wichtige Akteure auf dem Wohnungsmarkt sind, durch eine Reform des Gemeinnützigkeitsrechts dauerhaft garantieren und fördern.

- Ein Forschungsprogramm zum Thema „Wohnungslosigkeit“ aufbauen und damit die Erfassung und Auswertung von Daten weiterentwickeln. ■

Anmerkungen

- 1 <https://www.bagkjs.de/monitor-jugendarmut/> (25.04.2025).
- 2 <https://simon-schnitzer.com/blog/jugend-in-deutschland-2024-veroeffentlichung-der-trendstudie/> (25.04.2025).
- 3 <https://themen.kleinanzeigen.de/medien/pressemitteilungen/generation-z-7-von-10-haben-schwierigkeiten-bei-der-wohnungssuche/> (25.04.2025).
- 4 <https://mieterbund.de/aktuelles/meldungen/historischer-tiefstand-bei-sozialwohnungen/> (25.04.2025).
- 5 https://www.diw.de/de/diw_01.c.916410.de/html; https://www.diw.de/de/diw_01.c.916094.de/publikationen/wochenberichte/2024_41_1/mietbelastung_in_deutschland_in_den_letzten_jahren_nicht_gestiegen_aber_ungleich_verteilt.html (25.04.2025).
- 6 https://www.diw.de/de/diw_01.c.916410.de/html (25.04.2025).
- 7 https://www.der-paritaetische.de/fileadmin/user_upload/Schwerpunkte/Wohnen/doc/Kurzexpertise_Wohnarmut_24_12_13.pdf (25.04.2025).
- 8 https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2024/08/PD24_N044_62.html (25.04.2025).
- 9 <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/armut-studierende-und-azubis-sind-besonders-armutsgefaehrdet/100063862.html>; <https://www.tagesschau.de/inland/mieten-studium-ausbildung-100.html> (25.04.2025).
- 10 <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/armut-studierende-und-azubis-sind-besonders-armutsgefaehrdet/100063862.html> (25.04.2025).
- 11 https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2024/08/PD24_N044_62.html (25.04.2025).
- 12 <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/armut-studierende-und-azubis-sind-besonders-armutsgefaehrdet/100063862.html> (25.04.2025).
- 13 <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/armut-studierende-und-azubis-sind-besonders-armutsgefaehrdet/100063862.html>; <https://www.tagesschau.de/inland/mieten-studium-ausbildung-100.html> (25.04.2025).
- 14 <https://www.bundestag.de/presse/hib/kurzmeldungen-1028044> (25.04.2025).
- 15 Ebd.
- 16 Ebd.
- 17 <https://www.dgb.de/aktuelles/news/junge-leute-brauchen-bezahlbaren-wohnraum/> (25.04.2025).
- 18 <https://www.iwkoeln.de/studien/michael-voigtlaender-christian-oberst-wido-geis-thoene-mlp-studentenwohnreport-2024.html> (25.04.2025).
- 19 <https://www.bmwbsb.bund.de/SharedDocs/faqs/Webs/BMWSB/DE/wohnen/wohngeld/wohngeld-faq-liste.html?sessionId=B0DD0B191AB9FB319B48E12805845B73.live881>; https://www.nationale-armutskonferenz.de/wp-content/uploads/00-2024-10-17-PM-Wohnen-sichern_final.pdf (25.04.2025).

- 20 <https://www.swr.de/swraktuell/radio/wohnungsnot-bei-studierenden-und-azubis-das-sind-die-losungen-100.html>; <https://www.iwkoeln.de/studien/michael-voigtlaender-christian-oberst-wido-geis-thoene-mlp-studentenwohnreport-2024.html> (25.04.2025).
- 21 <https://www.iwkoeln.de/studien/michael-voigtlaender-christian-oberst-wido-geis-thoene-mlp-studentenwohnreport-2024.html> (25.04.2025).
- 22 <https://www.pforzheim.igm.de/news/meldung.html?id=109229> (25.04.2025).
- 23 <https://www.iwkoeln.de/studien/michael-voigtlaender-christian-oberst-wido-geis-thoene-mlp-studentenwohnreport-2024.html> (25.04.2025).
- 24 <https://www.iwkoeln.de/studien/michael-voigtlaender-christian-oberst-wido-geis-thoene-mlp-studentenwohnreport-2024.html> (25.04.2025).
- 25 <https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/publikationen/detail/entwicklung-der-menschenrechtssituation-in-deutschland-juli-2023-juni-2024> (25.04.2025).
- 26 https://www.destatis.de/DE/Methoden/Qualitaet/Qualitaetsberichte/Soziales/wohnungslose-personen.pdf?__blob=publicationFile&v=4 (25.04.2025).
- 27 https://www.lagoefw.de/wp-content/uploads/2024/10/Memorandum_Wir-wollen-wohnen.pdf (25.04.2025).

■ ■ ■ ■ ■ O-TÖNE

„Wir erleben eine neue Form der sozialen Auslese: Die Frage, ob ich ein Studium an einer bestimmten Hochschule aufnehmen kann, hängt für viele Studierende davon ab, ob sie sich die Miete in dieser Stadt überhaupt leisten können.“

(Matthias Anbuhl, Vorstandsvorsitzender des Deutschen Studierendenwerks DSW)

(<https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/studierende-wohnungsnot-fehlender-wohnraum-semesterstart-100.html>)

„Für den Erfolg aller Hilfen sind jugendgerechte sowie leicht zugängliche Beratungsangebote notwendig – sowohl digital als auch vor Ort. Jungen Menschen kann nur dann langfristig geholfen werden, wenn die Angebote flexibel sind und auf ihre individuellen Bedürfnisse zugeschnitten werden.“

(Susanne Hahmann, Vorsitzende der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe)

(https://www.bagw.de/de/neues/s?tx_netnews_newsview%5Bnews%5D=320&cHash=2eb79035aadeb0afd8fe9d6cb149771f)



Die **Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit e.V.** (BAG KJS) tritt auf Bundesebene anwaltschaftlich für die Belange junger Menschen ein. Sie macht sich stark für das Recht auf Bildung und die vollständige Teilhabe aller junger Menschen und richtet Blick insbesondere auf diejenigen, die von individueller Beeinträchtigung oder sozialer Benachteiligung betroffen oder bedroht sind. Die BAG KJS nimmt aktiv am wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Diskurs teil, befasst sich insbesondere mit Fragen der Jugendarmut und mischt sich in eine zukunftsorientierte Gestaltung der Gesellschaft ein.



Wohnungs- und Obdachlosigkeit werden im alltäglichen Sprachgebrauch oft verwechselt oder gleichgesetzt. Wohnungslosigkeit ist der übergreifende Begriff, Obdachlosigkeit bezeichnet lediglich einen Teil der Wohnungslosigkeit.

Als **wohnungslos** werden alle Menschen bezeichnet, die über keinen mietvertraglich abgesicherten oder eigenen Wohnraum verfügen, obdachlos sind, vorübergehend bei Verwandten oder Bekannten untergekommen sind, in Einrichtungen der freien Wohlfahrtspflege oder in kommunalen Einrichtungen leben.

Als **obdachlos** werden Menschen bezeichnet, die im öffentlichen Raum wie bspw. in Parks, Gärten, Bahnhöfen, Kellern oder Baustellen übernachten oder über die jeweiligen Ländergesetze der Sicherheit und Ordnung vorübergehend untergebracht sind.

Gemeinsam haben diese Lebenssituationen, zu denen auch das Leben in Wohnungen mit gravierenden baulichen Mängeln oder eingereichte Räumungsklagen zählen, die existierende Wohnungsnot. Deshalb wird fachlich häufig von **Wohnungsnotfällen** gesprochen. Die dadurch ausgedrückte **Vielfalt der Lebenslagen** dient dazu, Ausgrenzung und Hilfeausschluss zu verhindern und schlägt sich in den differenzierten Angeboten der Wohnungsnotfallhilfe nieder.

(<https://www.diakonie.de/wissen-kompakt-wohnungs-und-obdachlosigkeit>; 25.04.2024)

Wir wollen wohnen!

Wohnungsnot junger Erwachsener als gesellschaftspolitische Herausforderung

Wohnungsnot und Wohnungslosigkeit stellen – nicht nur in Bayern – eine Herausforderung dar, in deren Rahmen eine spezifische Betrachtung der Wohnungsnot junger Erwachsener notwendig ist. Zum Stichtag 31. Januar 2024 waren nach den Meldungen von Kommunen und Einrichtungen in Bayern landesweit 39.130 Personen in Notunterkünften und Einrichtungen der Wohnungsnotfallhilfe untergebracht. Darunter waren über 4.100 wohnungslose Menschen zwischen 18 und 25 Jahre alt. Nicht mitgezählt wurden bei der Erhebung Menschen, die auf der Straße oder in verdeckter Wohnungslosigkeit leben.¹ Die Dunkelziffer ist daher weit höher. An der Schnittstelle zwischen den Rechtskreisen und Angeboten der Jugendhilfe sowie der Wohnungsnotfallhilfe drohen gerade diejenigen jungen Menschen, die zwischen 18 und 27 Jahre alt sind und denen der Verlust ihres Wohnraums unmittelbar droht oder bei denen die Wohnungslosigkeit bereits eingetreten ist, aus dem Blick zu geraten. Doch gerade diese jungen Menschen brauchen spezifische Hilfen präventiver wie praktischer Art, um ein frühes Herausfallen aus den sozialen Systemen zu verhindern und ihnen wieder einen Weg in die Gesellschaft, in Ausbildung, Arbeit und soziale Teilhabe zu bahnen oder zu erhalten.

► Hintergrund

Wohnungslose oder von Wohnungslosigkeit bedrohte junge Menschen im Hilfesystem der Wohnungsnotfallhilfe: In der Landesarbeitsgemeinschaft der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege in Bayern (LAG Ö|F) wurde diese Problematik vermehrt festgestellt und Klärungsbedarf auch im Hinblick auf neue Regelungen im SGB VIII gesehen. Von Mai bis September 2023 veranstaltete sie daher in Kooperation mit der Landesarbeitsgemeinschaft Jugendsozialarbeit (LAG JSA)² VI Bayern drei sogenannte Wanderfachtage³ in München, Nürnberg und Augsburg. An diesen Tagen stellten die beiden LAGen unter dem Titel „Wir wollen wohnen!“ die Wohnungsnot junger Erwachsener als gesellschaftspolitische Herausforderung zwischen Jugendhilfe und Wohnungsnotfallhilfe dar, diskutierten sie und zeigten Lösungsansätze auf. Diese wurden erstmals beim Kongress der ConSozial 2023 in Nürnberg vorgestellt und diskutiert.

Dieses Memorandum ist die Konsequenz dieser Fachveranstaltungen und die Aufforderung an alle potenziellen Akteurinnen und Akteure, in ihren jeweiligen Zuständigkeitsbereichen für diese Zielgruppe aktiv zu werden. Im kontinuierlich ergänzten Internetangebot der LAG Ö|F⁴ VIII stehen Praxisbeispiele zu diesem Handlungsfeld, die bei den Wanderfachtagen vorgestellt wurden, zur Verfügung.

Memorandum

Die Ursachen für (drohende) Wohnungslosigkeit junger Menschen sind vielfältig. Sie sind in Brüchen mit der Herkunftsfamilie bzw. dem Elternhaus ebenso zu finden wie beim Ausstieg aus

dem regulären, beispielsweise stationären Hilfesystem oder als Folge einer Fluchtgeschichte. Der Verlust der eigenen Wohnung oder die Unmöglichkeit, eigenen bezahlbaren Wohnraum zu finden, tragen ebenfalls zur Wohnungsnot junger Erwachsener bei, auch fehlt es häufig an den notwendigen tragfähigen, niedrigschwelligen und akzeptierenden Beratungs- und Begleitangeboten. Mit dem nicht vorhandenen Wohnraum gehen in aller Regel auch Einbindungen in die Systeme von Schule, Ausbildung und Arbeit verloren.⁵ Der Weg in einen dauerhaften Verbleib in den sozialen Sicherungssystemen ist somit vorgezeichnet.

Die Zielgruppen, um die es hier geht, sind vielfältig und – beispielsweise hinsichtlich ihres Geschlechts, ihres Migrationshintergrunds, ihrer sozialen Herkunft, ihrer psychischen Verfasstheit oder ihrer konkreten Notlage – differenziert zu betrachten und zu behandeln. Sie eint in aller Regel ein umfassender Verlust ihres Vertrauens in die Familie, in die Hilfesysteme, den Staat und die Gesellschaft. Sie haben, wie alle Menschen, menschenwürdigen Wohnraum verdient. Denn für den Staat, für die Gesellschaft⁶ und nicht zuletzt für den Arbeitsmarkt lohnt sich jede Mühe, junge Erwachsene gerade in dieser Lebensphase nicht aufzugeben, sondern sie wirksam in soziale Zusammenhänge zu integrieren. Die vorbeugende und ganz praktische Bekämpfung ihrer Wohnungsnot ist dafür ein wesentlicher Beitrag: *Wir wollen wohnen!*

Vor diesem Hintergrund appellieren die Landesarbeitsgemeinschaft der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege in Bayern und die Landesarbeitsgemeinschaft Jugendsozialarbeit Bayern (LAG Ö|F und LAG JSA) in Folge ihrer drei gemeinsamen Fachtage zu diesem Thema im Jahr 2023 an die politisch Verantwortlichen auf Ebene des Landes wie der Kommunen in Bayern, aber auch in



den kommunalen Spitzenverbänden und denen der freien Wohlfahrtspflege sowie in den zuständigen Arbeitsgemeinschaften, in guter Vernetzung Maßnahmen in vier Feldern zu ergreifen, mit deren Hilfe Wohnungsnot junger Erwachsener in Bayern wirksam begegnet werden kann:

1. Kommunale Koordination auf- und ausbauen
2. Jugendhilfe und Wohnungsnotfallhilfe arbeiten eng zusammen
3. Bezahlbaren Wohnraum und den Zugang dazu schaffen
4. Den notwendigen unterstützenden Rahmen anbieten

Kommunale Koordination auf- und ausbauen

Eine gut funktionierende, anhand konkret erkannter Problemlagen auf- und ausgebaut stabile, bedarfsgerechte Infrastruktur auf kommunaler Ebene ist unerlässlich, um dem Problem der Wohnungsnot aller Menschen und insbesondere junger Volljähriger wirksam begegnen zu können.

Eine solche Infrastruktur mit geklärten Verantwortlichkeiten und notwendigen, an dieser Stelle gut investierten finanziellen Mitteln versteht sich als Verantwortungsgemeinschaft; sie besteht beispielsweise aus einer institutionalisierten Kooperation zwischen Jugendamt, Sozialamt, Ordnungsamt und Wohnungsamt sowie den Trägern der freien Wohlfahrtspflege.

In diesem Rahmen sind die Entwicklung und Verstetigung einer übergreifenden Kinder- und Jugendhilfe- sowie Sozial- und Wohnraumplanung und eines rechtskreis-übergreifenden Schnittstellenmanagements zwischen öffentlichen und freien Trägern der Jugendhilfe und der Wohnungsnotfallhilfe wesentliche Grundlagen einer vorbeugenden Vermeidung und aktiven Bekämpfung von Wohnungsnotfällen junger Volljähriger.

Die mit einer Versäulung, mit Schnittstellenproblemen, Zuständigkeitsdebatten und Bürokratie einhergehenden Hürden können so reduziert und die Systeme für alle Beteiligten durchschaubar gehalten werden.

Vor Ort sollten in diesem Rahmen auch Frühwarnsysteme installiert werden, um auch zukünftiger oder verdeckter Wohnungslosigkeit proaktiv begegnen zu können.

Beim Vollzug des Landesstraf- und Verordnungsgesetzes (LSt-VG) auf dem Gebiet der öffentlichen Sicherheit und Ordnung ist dabei darauf zu achten, dass niedrighschwellige Zugänge zu Leistungen nach dem SGB VIII bzw. SGB XII gewährleistet sind. Die Empfehlungen für das Obdach- und Wohnungslosenwesen in Bayern vom 25. Oktober 2023⁷ IV beschreiben in Abschnitt 3.10 „Kinder- und Jugendhilfe“ das Zusammenwirken zwischen der Jugend- und der Wohnungslosenhilfe hinsichtlich der Zielgruppe der jungen Menschen.

Durch konsequente Einbeziehung und Beteiligung der Betroffenen – auch im Rahmen von Arbeitsgemeinschaften nach § 4 Abs. 2 SGB XII – können dabei Vertrauen und Beziehung ermöglicht werden.

Jugendhilfe und Wohnungsnothilfe arbeiten eng zusammen

Schnittmengen der Wohnungsnotfallhilfe mit den Hilfsangeboten der Jugendhilfe sowie der Eingliederungshilfe und der Sozialhilfe ergeben sich dort, wo zu einer Leistung nach SGB VIII, IX oder SGB XII auch Wohnraum, Unterhalt und Krankenhilfe gewährt werden.

Die Zugänge zu den einzelnen Hilfen sind dabei höchst unterschiedlich und richten sich nach den in den jeweiligen Sozialgesetzbüchern beschriebenen Bedarfen von jungen Volljährigen.

Dabei ist insbesondere hinsichtlich der Leistungen gemäß der §§ 67 ff. SGB XII und solchen nach SGB VIII festzustellen, dass der diesbezügliche Hilfebedarf sich unterscheidet und ein Bedarf im Sinne der §§ 67 ff. SGB XII von der Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten geprägt ist. Das Leistungsspektrum der §§ 67 ff. SGB XII ist situationsbezogen, wobei die jeweils vorliegende besondere Lebenslage in Verbindung mit sozialen Schwierigkeiten den Anknüpfungspunkt darstellt.

Demgegenüber knüpfen die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe an die individuell-lebensgeschichtliche Situation der Betroffenen an.⁸

Das SGB VIII hält grundsätzlich für junge Menschen vom 18. bis zur Vollendung des 21. Lebensjahres die „Hilfe für junge Volljährige“ (§ 41 SGB VIII) bereit. Demnach haben junge Volljährige ein Recht auf Hilfe, „wenn und solange ihre Persönlichkeitsentwicklung eine selbstbestimmte, eigenverantwortliche und selbständige Lebensführung nicht gewährleistet.“ Sowohl eine Unterbrechung als auch eine Erstgewährung der Hilfe ist in diesem Zeitraum möglich. In begründeten Einzelfällen soll die Hilfe nach § 41 SGB VIII für einen begrenzten Zeitraum darüber hinaus fortgesetzt werden. Dies ist maximal bis zur Vollendung des 27. Lebensjahres möglich. Die Hilfe kann sowohl in Form einer Vollzeitpflege (§ 33) als auch in Form einer Heimerziehung oder sonstigen betreuten Wohnform (§ 34) oder in einer intensiven sozialpädagogischen Einzelbetreuung (§ 35) erbracht werden. Diese Hilfen schließen auch den Anspruch auf Unterhalt und Krankenhilfe mit ein.



Der Träger der öffentlichen Jugendhilfe kann nach Maßgabe des § 13 Abs. 3 SGB VIII jungen Menschen während der Teilnahme an schulischen oder beruflichen Bildungsmaßnahmen oder bei der beruflichen Eingliederung Unterkunft anbieten. In diesen Fällen soll auch Unterhalt sichergestellt und Krankenhilfe gewährt werden.

Empfehlungen

Für die passgenaue Versorgung junger Volljähriger bedarf es einer zeitnahen Abklärung ihres möglichen Hilfebedarfs durch die Jugendhilfe.

Für junge Volljährige müssen unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus passende Wohnangebote geschaffen werden, um damit auch einer möglichen „Jugendhilmefatigue“ entgegenwirken zu können. Für Notfälle müssen daneben vor Ort niedrigschwellige, bedingungslose Notunterkünfte für junge Volljährige in Kooperation mit freien Trägern zur Verfügung stehen.

Es sollte alles Notwendige zur Vermeidung einer Entlassung aus einem stationären Angebot der Jugendhilfe (und auch aus anderen Settings, z. B. einem Klinikaufenthalt) in die Wohnungslosigkeit getan werden. Rückkehroptionen in die Jugendhilfe sind auch dann zu ermöglichen, wenn mit dem 18. Lebensjahr der Kontakt zur Jugendhilfe abbricht.

Junge wohnungslose Menschen suchen häufig die niedrigschwelligsten Angebote der Wohnungsnotfallhilfe auf. Dort, wo solche spezifischen Angebote nicht regelhaft bestehen, müssen angemessene Formen zielgruppenspezifischer, niedrigschwelliger und menschenwürdiger ordnungsrechtlicher Unterbringung in Kooperation der Wohnungsnotfallhilfe mit weiteren Sozialleistungsträgern und aufsuchender Sozialarbeit geschaffen werden.

Dort, wo es nicht bereits ein vergleichbares qualifiziertes und leistungsfähiges Angebot gibt, sollten vor Ort Fachberatungsstellen vorgehalten werden, um qualifizierte Beratungsangebote gemäß §§ 67 ff. SGB XII für leistungsberechtigte junge Menschen, die von Wohnungslosigkeit bedroht oder betroffen sind, leisten und die notwendige Erschließung von bedarfsgerechten Hilfen für junge Volljährige nach § 41 SGB VIII umsetzen zu können. Die Möglichkeit der pauschalen Finanzierung der Fachberatungsstelle im Sinne des § 11 Abs. 4 SGB XII ist zu prüfen und im besten Falle zu nutzen.

Dementsprechend sollte das örtliche Hilfesystem nach besonderen Anforderungen, z. B. nach Geschlecht, Einzelpersonen und Familien, Migration/Flucht, psychische Erkrankung, Sucht, Behin-

derung etc. zielgruppenspezifisch differenziert und ggf. bedarfsgerecht angepasst werden.

Die Bildung von Netzwerken und die Gründung von Arbeitsgemeinschaften nach § 4 Abs. 2 SGB XII sind verstärkt umzusetzen und dabei rechtskreisübergreifende lokale Strategien zur vorbeugenden Vermeidung und Überwindung von Wohnungsnot junger Volljähriger zu verabreden.

Bezahlbaren Wohnraum und den Zugang dazu schaffen

Das Recht auf eine angemessene Wohnung nach Artikel 106 der Bayerischen Verfassung muss auch für die Zielgruppe der jungen Volljährigen umgesetzt werden. Die politischen, planerischen und finanziellen Rahmenbedingungen zur Schaffung von Wohnraum sind daher vor Ort zielgruppengerecht auszubauen und zu verbessern.

Örtliche und staatliche Akteure der Wohnungswirtschaft (Wohnbaugenossenschaften, Wohnbaugesellschaften etc.) sollten bezüglich ihrer Mitverantwortung für Wohnraum für junge Volljährige konsequent in die Pflicht genommen werden.

Neue, kreative Wege zur Wohnraumnutzung für die Zielgruppe der jungen Volljährigen müssen vor Ort besprochen und bestehende Leerstände konsequent reduziert werden. Ein Beitrag dazu kann eine regional organisierte Wohnraumakquise sein.

Nicht zuletzt ist ein gut funktionierender, bedarfsgerecht ausgebauter und angemessen finanzierter öffentlicher Personennahverkehr eine zentrale Voraussetzung dafür, dass junge Volljährige auch in ländlichen Regionen Wohnraum beziehen, Arbeit aufnehmen und ihr soziales und familiäres Leben gestalten können.

Den notwendigen unterstützenden Rahmen anbieten

Die Unterstützung junger Volljähriger in Wohnungsnot ist auch eine Frage der Haltung der Verantwortlichen. Sie liegt in der Verantwortung aller Ebenen und muss von diesen in ihren jeweiligen Zuständigkeiten aktiv und prioritär gewährleistet werden: Kommune, Bezirk, Freistaat und Bund – und im Rahmen der Subsidiarität die Freie Wohlfahrtspflege.

Auf allen Ebenen braucht es passende Arbeitsstrukturen, vorbildliche Projekte und vor allem bezahlbaren Wohnraum, um Wohnungsnot junger Volljähriger passgenau und wirksam verhindern und bekämpfen zu können.

Ein sozialräumliches Gesamtkonzept sollte auch im ländlichen Raum auf kommunaler Ebene entwickelt und verantwortungsbewusst umgesetzt werden. Hierzu gehört auch die Entwicklung und Finanzierung konkreter (kreativer) Konzepte zur Wohnraumentwicklung für die Zielgruppe der jungen Volljährigen: als Anschlag und dauerhaft.

Qualifizierte Fachkräfte unterschiedlicher Profession und in ausreichender Zahl sind vor Ort in den Hilfesystemen vorzuhalten, da diese entscheidend zur Unterstützung junger Volljähriger in Wohnungsnot beitragen.

Eine Einbeziehung und Stärkung der Koordination Wohnungshilfe Nord- und Südbayern in eine entsprechende Projekt- und Strukturentwicklung auf den verschiedenen Ebenen stellt hierfür eine wirksame, kompetente Unterstützung dar.

Erarbeitet wurde das Memorandum „Wir wollen wohnen!“ von Kathrin Harder-Klammer, LAG Ö|F; Barbara Klamt, LAG JSA; Thomas König, Internationaler Bund / Vorsitzender LAG Ö|F Fachausschuss Wohnungslosenhilfe; Michael Kroll, Deutscher Caritasverband, Landesverband Bayern e.V.; Heidi Ott, Diakonisches Werk Bayern e.V. Die Verabschiedung erfolgte nach Beratung im Geschäftsführenden Ausschuss der Landesarbeitsgemeinschaft der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege in Bayern am 09. Oktober 2024. ■

Anmerkungen

- 1 https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Soziales/Wohnungslosigkeit/_inhalt.html (25.04.2025).
- 2 In Kooperation mit der LAG JSA <https://lagjsa-bayern.de/>.

- 3 <https://www.lagoefw.de/veranstaltungen/wir-wollen-wohnen-wanderfachtage-2023>.
- 4 <https://www.lagoefw.de/wander-fachtage-2023-wir-wollen-wohnen-wohnungs-not-junger-erwachsener/> (25.04.2025).
- 5 https://www.lagoefw.de/wp-content/uploads/2024/09/GISS_Vortrag_Fachtag_Wir_wollen_wohnen.pdf (25.04.2025).
- 6 https://www.lagoefw.de/wp-content/uploads/2024/09/Prof.Sowa_Vortrag-Muenchen.pdf (25.04.2025).
- 7 https://www.gesetze-bayern.de/Content/Document/BayVV_2179_A_14076/true (Abs. 3.10) (25.04.2025).
- 8 Zum Verhältnis der Hilfen zur Überwindung von Wohnungslosigkeit nach dem SGB XII und dem SGB VIII vgl. Prof. Falk Roscher in Lehr- und Praxiskommentar Sozialhilfe – SGB XII, 13. Auflage 2024, § 67 Rn. 35ff. mit weiteren Nachweisen.



Die Mitgliedsorganisationen der **Landesarbeitsgemeinschaft der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege in Bayern** (LAG Ö|F) sind: Arbeiterwohlfahrt, Landesverband Bayern e.V., Bayerischer Bezirkstag, Bayerischer Gemeindegtag, Bayerischer Landkreistag, Bayerischer Städtetag, Bayerisches Rotes Kreuz, Der Paritätische in Bayern, Deutscher Caritasverband Landesverband Bayern e.V., Diakonisches Werk Bayern e.V., Landesverband der Israelitischen Kultusgemeinden in Bayern. Vorsitzender der LAG Ö|F ist Martin Neumeyer, stellvertretende Vorsitzende ist Prof. Dr. Birgit Schaufler.



Die Mitglieder der **Landesarbeitsgemeinschaft Jugendsozialarbeit Bayern** sind: Evangelische Jugendsozialarbeit Bayern e.V., Katholische Jugendsozialarbeit Bayern, Arbeiterwohlfahrt Landesverband Bayern e.V., Der Paritätische in Bayern, IB Internationaler Bund, Bayerisches Rotes Kreuz, Bayerischer Jugendring, LAG Arbeit Bayern e.V., Arbeitsgemeinschaft JSA Ostbayern, Arbeitsgemeinschaft JSA Unterfranken, Arbeitsgemeinschaft Jugendsozialarbeit Hochfranken, Fachverband BBJH München.

THEMA

Verband der Kolpinghäuser e.V.

Sozial und bezahlbar

Wohneinrichtungen für Auszubildende stärken

Das Kolping Azubi- und Jugendwohnen bietet bundesweit bezahlbaren Wohnraum für junge Menschen an. Als Angebot der Jugendsozialarbeit an der Schnittstelle zur Ausbildungsförderung ermöglicht Mobilität am Ausbildungsmarkt, bringt Auszubildende und Ausbildungsbetriebe zusammen und unterstützt die Bewohner*innen bei Fragen rund um Ausbildung und Verselbständigung. In den Einrichtungen des sozialpädagogisch begleiteten Azubi- und Jugendwohnens sollen sich die jungen Bewohner*innen zu Hause fühlen und einen guten Start ins Berufsleben finden. Mit der Initiative „AUSWÄRTS ZUHAUSE“ setzt sich der Verband der Kolpinghäuser e.V. zusammen mit anderen Träger*innen des Azubi- und Jugendwohnens in Politik und Gesellschaft für das Arbeitsfeld Jugendwohnen ein.

Das Sonderprogramm „Junges Wohnen“ ist 2024 in die zweite Förderrunde gestartet und wird 2025 fortgeführt. Der Verband der Kolpinghäuser e.V. (VKH) sowie die rund 90 beteiligten Einrichtungen und Organisationen der verbandsübergreifenden Initiative AUSWÄRTS ZUHAUSE begrüßen den Ansatz zur Förderung von Wohnraum für junge Menschen. Die Bedingungen schaffen leider erhebliche Probleme für die Einrichtungen des sozialpädagogisch¹ begleiteten Azubi- und Jugendwohnens. Trotz des hohen Bedarfs konnte bisher keine dieser Einrichtung einen erfolgreichen Förderantrag stellen.

Herausforderungen für sozialpädagogisch begleitetes Azubi- und Jugendwohnen

Das Programm „Junges Wohnen“ fördert Wohnraum für Auszubildende und Studierende, wobei der Bund jährlich 500 Millionen Euro bereitstellt – ergänzt um Fördermittel der Bundesländer. Im vergangenen Jahr flossen die Mittel laut Regierungsgaben jedoch fast ausschließlich in studentisches Wohnen: 2023 wurden von 4.176 neu geschaffenen Wohnheimplätzen lediglich 52 für Auszubildende gefördert. Besonders Einrichtungen des



sozialpädagogisch begleiteten Azubi- und Jugendwohnens stehen vor zwei erheblichen Hürden bei der Antragstellung.

Die Förderung von Wohnheimplätzen im Blockschulbereich – dem sogenannten „Kurzzeitwohnen für Azubis“ – ist bislang in der Praxis ausgeschlossen, obwohl das Bundesbauministerium die Förderung grundsätzlich erlaubt. Zudem ist die Zuordnung vieler Einrichtungen des sozialpädagogisch begleiteten Azubi- und Jugendwohnens zum Rechtskreis der Kinder- und Jugendhilfe (§ 13.3 SGB VIII) ein erhebliches Förderhindernis. Bayern bildet hier eine Ausnahme, weil die Förderrichtlinien des Landes diesen Bezug ausdrücklich zulassen.

Insgesamt ist der Investitionsbedarf für Sanierungen und Neubauten im Azubi- und Jugendwohnen hoch: Laut Bundesagentur für Arbeit beläuft dieser sich auf über 830 Millionen Euro. Gemeinnützige Träger können diese Summe nicht aus eigenen Mitteln aufbringen und sind dringend auf eine öffentliche Förderung angewiesen.

Unterstützung und Ausbau

VKH-Geschäftsführerin Christina Borchert erklärt: „Um die bestehende Infrastruktur des Azubi- und Jugendwohnens zu erhalten und weiter auszubauen, fordern wir den uneingeschränkten Zugang zum Sonderprogramm „Junges Wohnen“ auch für die Einrichtungen des sozialpädagogisch begleiteten Azubi- und Jugendwohnens.“

Zudem schlagen VKH und AUSWÄRTS ZUHAUSE vor, eine Bundeskompetenzstelle „Junges Wohnen“ einzurichten, um Investoren, Kommunen und Träger bei der Entwicklung neuer Projekte zu unterstützen. Der privilegierte Zugang zu Grundstücken – beispielsweise durch vergünstigte Vergabe oder Erbbaurechte – könnte den Neubau dringend benötigter Wohneinrichtungen zusätzlich fördern. Auch die Einführung einer „Gemeinschaftsaufgabe Sozialer Wohnungsbau“ zwischen Bund und Ländern könnte dabei helfen, passende Rahmenbedingungen u. a. für den Ausbau des Wohnangebots für Auszubildende zu schaffen.

Die Absicherung der bestehenden Infrastruktur ist entscheidend, um jungen Menschen bezahlbaren Wohnraum zu bieten und ihre Ausbildungswege zu stabilisieren. Aus langjähriger Erfahrung wissen die Einrichtungsleitungen jedoch: Neben der baulichen Substanz ist vor allem die Qualität des sozialpädagogischen Angebots in den Einrichtungen für einen erfolgreichen Ausbildungsabschluss von zentraler Bedeutung.

Ein Angebot für die berufliche Zukunft

Die Initiative AUSWÄRTS ZUHAUSE, unter der Trägerschaft des Verbands der Kolpinghäuser e.V., vernetzt bundesweit und trägerübergreifend die Einrichtungen des Azubi- und Jugendwohnens. An über 500 Standorten in Deutschland bieten diese Einrichtungen jungen Menschen im Alter von 16 bis 27 Jahren Unterkunft, Verpflegung und sozialpädagogische Begleitung. Das Angebot kombiniert bezahlbares Wohnen mit professioneller Unterstützung beim Übergang von Schule in Ausbildung und Beruf sowie vom Jugend- ins Erwachsenenalter. Es fördert die Mobilität auf dem Ausbildungsmarkt, bringt Auszubildende und Betriebe zusammen und unterstützt junge Menschen auf ihrem Weg zu Selbstständigkeit und persönlicher Entwicklung.

Jährlich profitieren mehr als 200.000 Jugendliche und junge Erwachsene von diesem Angebot, in einer Gemeinschaft von Gleichaltrigen finden sie Austausch und erleben das Gefühl, sich AUSWÄRTS ZUHAUSE zu fühlen. Das Azubi- und Jugendwohnen ist ein verlässlicher Partner für Auszubildende und ihre Eltern, Jugendämter, Ausbildungsbetriebe, Handelskammern sowie Schulträger und bietet spannende berufliche Perspektiven für rund 7.000 Mitarbeitende, insbesondere im Bereich der Sozialpädagogik.

Mehr als nur Wohnraum

Einrichtungen des Jugendwohnens bieten für Jugendliche und junge Erwachsene bis 27 Jahren in schulischer und beruflicher Ausbildung Unterkunft, Verpflegung und sozialpädagogische Begleitung. In ganz Deutschland stellen mehr als 500 Jugendwohnheime möblierte Einzel- oder Doppelzimmer zur Verfügung, die jedes Jahr von mehr als 200.000 jungen Menschen genutzt werden. Eine individuell abgestimmte (sozialpädagogische) Begleitung unterstützt die Jugendlichen dabei, im neuen Alltag klarzukommen, Kontakt zu anderen Leuten zu finden und die Ausbildung bzw. den (Berufs-)Alltag erfolgreich zu meistern. Dazu gehören auch gesunde Ernährung – über den Besuch in der Mensa oder Selbstversorgung – sowie das Erleben von Gemeinschaft durch Freizeit- und Sportangebote.

Die Einrichtungen sind grundsätzlich für alle jungen Menschen offen, unabhängig von Nationalität und Religion. Sie bieten Unterkunft, Verpflegungsmöglichkeiten und pädagogische Angebote für junge Menschen, die während ihrer schulischen oder beruflichen Ausbildung nicht zu Hause wohnen können. Die Einrichtungen des Jugendwohnens werden meist dezentral von örtlichen oder regionalen Rechtsträgern geführt.



Kosten, Förderung und Qualitätssicherung

Je nach Ausbildungsgang können Jugendliche Zuschüsse beantragen. Für Azubis im Dualen System gibt es Berufsausbildungsbeihilfe (BAB), Berufsfachschüler etc. können BaföG beantragen. Das Jugendwohnen ist rechtlich in der Kinder- und Jugendhilfe in §13 (3) SGB VIII verankert. Für die Finanzierung des einzelnen Wohnheimplatzes gibt es jedoch verschiedene Möglichkeiten. Viele Auszubildende im Dualen System können Berufsausbildungsbeihilfe (BAB) beantragen, Berufsfachschüler*innen können Zuschüsse nach dem Berufsausbildungsförderungsgesetz (BaföG) beantragen. Weitere Finanzierungsmöglichkeiten sind über die Sozialgesetze SGB II, SGB III und SGB VIII möglich. Blockschüler*innen bekommen in einigen Bundesländern Zuschüsse für die Kosten der Unterkunft, Verpflegung und sozialpädagogische Begleitung. Der Verband der Kolpinghäuser e.V. und die Einrichtungen vor Ort beraten junge Menschen hierzu.

Die an AUSWÄRTS ZUHAUSE teilnehmenden Einrichtungen verpflichten sich, die Qualitätskriterien der Initiative umzusetzen und sich aktiv für das sozialpädagogisch begleitete Azubi- und Jugendwohnen zu engagieren. Zu den Zielen von AUSWÄRTS ZUHAUSE gehören unter anderem die inhaltliche und konzeptionelle Weiterentwicklung des Jugendwohnens mit besonderem Fokus auf Öffentlichkeitsarbeit und Marketing, die Vernetzung mit Kooperationspartner*innen sowie die Vertretung der Interessen der beteiligten Einrichtungen auf Bundesebene.

Vorteile für Schulen, Betriebe und Eltern

Grundsätzlich steht jeder Wohnheimplatz im Kontext der schulischen oder beruflichen Ausbildung und bietet zukünftigen Fachkräften bezahlbaren Wohnraum. Junge Menschen im Kolping Jugendwohnen haben mehr Erfolg in Schule und Berufsausbildung, da sie in einer strukturierten Umgebung begleitet und unterstützt werden.

Jugendwohnen fördert Mobilität am Ausbildungsmarkt, bringt Auszubildende und Ausbildungsbetriebe zusammen und macht somit für junge Menschen den Abschluss eines Ausbildungsvertrages attraktiver. Etwa die Hälfte aller Auszubildenden im Jugendwohnen hätte die Ausbildungsstelle ohne den Platz im Jugendwohnen nicht angenommen. Knapp ein Viertel der jungen Menschen gibt an, dass sie ohne die Unterstützung im Jugendwohnen die Ausbildung abgebrochen hätten. Ausbildungsbetriebe können zudem durch Jugendwohnheimplätze ihren Fachkräftebedarf überregional sichern.

Die Kolping Jugendwohnheime sind kompetente Partner im Übergang von der Schule in den Beruf. Besonders für minderjährige Auszubildende sind Sicherheit und Schutz wichtig, wenn der Lebensort nicht mehr bei den Eltern ist. Hier bieten ausgebildete Pädagogen Unterstützung und Orientierungshilfen in der neuen Umgebung. ■



Anmerkung

1 Der Verband der Kolpinghäuser (VKH e.V.) und die Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit (BAG KJS) veranstalten am 27. Juni 2025 von 11 bis 13 Uhr eine **digitale Themenfeldkonferenz** im Bereich Jugendwohnen zum Thema **„Vielfalt stärken: Regenbogenkompetenz im Azubi- und Jugendwohnen“**. Ziel der Veranstaltung ist es, die Einrichtungen und Träger des Azubi- und Jugendwohnens zu vernetzen und das Angebot mit Blick auf die Bedürfnisse junger queerer Menschen zu reflektieren (<https://on.campflow.de/bag-kjs-ev/offene-themenfeldkonferenz-azubi-und-jugendwohnen-der-bag-kjs-am-27062025>).

■ ■ ■ ■ ■ O-TÖNE

„Raus von zu Haus, neue Orte und neue Menschen kennen lernen, das war schon lange mein Traum. Bei AUSWÄRTS ZUHAUSE kann ich das sogar mit meiner Karriere verbinden. Als Fremdsprachen-Sekretärin in der Ausbildung war Düsseldorf für mich genau die richtige Wahl – hier geht es richtig multikulturell zu.“
(Auszubildende)

„Seit fast einem Jahr wohne ich jetzt im Kolpinghaus in Frankfurt am Main. Meine Ausbildung zur Zahntechnikerin gefällt mir sehr gut und ebenso auch mein eigenes Zimmer, das mir immer eine Möglichkeit zum Rückzug bietet und eine coole Ausstattung hat.“
(Auszubildende)

(<https://auswaerts-zuhause.de/#jugendwohnen>)



AUSWÄRTS ZUHAUSE ist eine Initiative in Rechtsträgerschaft des Verbandes der Kolpinghäuser e.V. Sie vernetzt die Einrichtungen des Azubi- und Jugendwohnens, die sich zu elf definierten Qualitätsstandards bekennen – zusätzliche Sicherheit und ein Garant für die erfolgreiche Integration von Jugendlichen in Arbeit und Gesellschaft.

Off Road Kids Stiftung

Zukunftsperspektiven für junge Menschen finden

Sofahopper.de berät in Wohnungsnotfällen

SOFAHOPPER.de

Über die bundesweit verfügbare Onlinehilfe Sofahopper.de leistet die Off Road Kids Stiftung flächendeckend digitale Sozialarbeit und berät Minderjährige und junge, von Obdachlosigkeit bedrohte Menschen bei der Lösungssuche. Dieses Angebot richtet sich auch insbesondere an junge Menschen, die vorübergehend bei Bekannten „auf dem Sofa“ Unterschlupf gefunden haben und in „verdeckter“ Obdachlosigkeit leben. Die Beratung setzt dabei frühzeitiger an als die traditionelle Straßensozialarbeit und ermöglicht insbesondere entkoppelten jungen Menschen eine professionell begleitete Suche nach neuen, dauerhaft tragfähigen Zukunftsperspektiven. Die Erfahrung der Stiftung zeigt, dass die Hilfe in dieser Phase aussichtsreich ist und die Beratung junger Menschen zügig auf die zukünftige Unterkunft und Lebensgestaltung ausgerichtet werden kann.

► Junge Menschen ohne Wohnung oder Obdach in Deutschland

In Deutschland gibt es aktuell rund 44.000 Minderjährige und junge Volljährige (bis 28 Jahre) pro Jahr, die akut von Obdachlosigkeit bedroht sind oder bereits auf der Straße sitzen. Hierbei handelt es sich in erster Linie um junge Menschen, die aus zerrütteten Familienverhältnissen stammen, die mitunter Gewalt ausgesetzt waren oder für die der Schritt in die selbständige Lebensführung erheblich zu früh kam. Zudem fehlen sehr oft Schulabschlüsse. Der Zugang zum Ausbildungsmarkt ist hierdurch weitgehend blockiert. Dennoch gleichen die Zukunftshoffnungen denen anderer junger Menschen: Normalität, Geborgenheit, Schulabschluss, Berufsausbildung, Wohnung und Arbeit.

Laut dem Wohnungslosenbericht 2024 der Bundesministeriums für Arbeit und Soziales¹ gibt es unter den rund 534.130 wohnungslosen Menschen in Deutschland rund 44.000 alleinstehende Jugendliche und junge Volljährige zwischen 14 und 27 Jahren. Dieses Ergebnis korrespondiert mit der Schätzung des DJI (Deutsches Jugendinstitut), das in seiner Studie „Entkoppelt vom System“ (2015) und den Folgestudien (2017)² die Anzahl der entkoppelten jungen Menschen unter 27 Jahren in Deutschland auf 37.000 geschätzt hatte. Das DJI hat schon 2015 auf Initiative der Vodafone Stiftung Deutschland und der Off Road Kids Stiftung die Studie „Disconnected Youth – Entkoppelt vom System“³ über Straßenjugendliche und von allen Hilfesystemen (Behörden, Schule, Familie u. a.) entkoppelte junge Menschen in Deutschland veröffentlicht.

Aus dem Wohnungslosenbericht 2024 ergibt sich dieses Bild: Rund 15.000 dieser 44.000 jungen Menschen leben in Notunterkünften. Etwa 22.000 leben in verdeckter Obdachlosigkeit bei



mehr oder minder guten Bekannten temporär „auf dem Sofa“ und etwa 5.800 junge Menschen leben in völliger Obdachlosigkeit. Die territoriale Verteilung entspricht der jeweiligen Bevölkerungsdichte der Regionen in Deutschland. Wichtig: Es handelt sich um kein unmittelbares Armutsthema. Schließlich wäre der Umkehrschluss, dass arme Eltern ihre Kinder schlechter behandeln als wohlhabende. Dies ist nicht erkennbar. Stattdessen sind junge Menschen aus allen gesellschaftlichen Schichten betroffen – gleichermaßen Mädchen wie Jungen. Allerdings: Der akute Mangel an zahlbarem Wohnraum verschärft Konfliktsituationen sowohl bei Familien, die auf engstem Raum leben müssen als auch die Verzweiflung bei jungen Volljährigen, die schlicht keinen Wohnraum finden.

Bundesweit steigt die Anzahl der von Obdachlosigkeit bedrohten jungen Menschen unaufhörlich an. Insbesondere die Zahl der 18- bis 21-Jährigen übertrifft die Menge der Minderjährigen um ein Vielfaches. Die wesentlichen Gründe hierfür sind:

- Der zunehmende Mangel an bezahlbaren Kleinstmietwohnungen insbesondere in deutschen Ballungsgebieten verschärft die Situation bei betroffenen jungen Volljährigen massiv.
- Die aus Kostengründen immer frühzeitiger stattfindende „Verselbständigung“ junger Menschen aus Kinderheimen, betreuten Jugendwohngruppen oder Pflegefamilien in eigene Wohnungen läuft erkennbar aus dem Ruder. Viele ehemalige Heimkinder vereinsamen und scheitern an den Anforderungen der Selbstorganisation. Letztlich steht alles auf dem Spiel: Schulabschlüsse, Ausbildung, Finanzen, Wohnung, soziale Kontakte und die gesellschaftliche Teilhabe.
- Immer mehr psychisch vorbelastete junge Volljährige sind mit der Klärung ihrer mitunter gravierenden Problemlagen und der komplexen Behördenkommunikation überfordert. Die Anzahl an jungen Volljährigen, die als Minderjährige in kinder- und jugendpsychiatrischer Behandlung waren und keine verlässliche Anschlussbehandlung erhielten, nimmt insbesondere bei jungen Frauen auf der Straße zu.
- In der Coronakrise ist die Anzahl der von Obdachlosigkeit unmittelbar bedrohten jungen Volljährigen insbesondere in den Phasen der harten Lockdowns deutlich angestiegen. In Familien, in denen es bereits zuvor „gebrodelt“ hat, kam es durch die plötzliche, extreme räumliche Enge erheblich häufiger als zuvor zu massiven innerfamiliären Zerwürfnissen und zum „Rausschmiss“.

Wichtig zu wissen

Die Situation dieser jungen Menschen hat sich mit der Weiterentwicklung von Smartphones, mobilem Internet und Social Media seit ca. 2016 gravierend verändert. Anders als früher, finden heute deutlich mehr Jugendliche und junge Volljährige, denen akut Obdachlosigkeit droht, vergleichbar leicht temporären Unterschlupf über ihre Social Media-Bekanntenkreise und kommen so immer wieder vorübergehend bei mehr oder weniger guten Bekannten gewissermaßen „auf dem Sofa“ unter. Diese neue Entwicklung „erleichtert“ aber auch zugleich sehr viel mehr verzweifelten jungen Menschen die schwerwiegende Entscheidung, aus einer bisherigen, unerträglichen Lebenssituation auszusteigen.

Als „Sofahopper“ sind sich viele ihrer „verdeckten“ Obdachlosigkeit nicht bewusst – zumindest, bis sich keine Bekannten mehr finden, die ihr „Sofa“ zur Verfügung stellen. Zur tatsächlichen, sichtbaren Obdachlosigkeit kommt es bei jungen Menschen heute also in der Regel mit einer erheblichen zeitlichen Verzögerung. Hierbei darf die Hilfsbereitschaft und Motivationsenergie etlicher „Gastgeber“ nicht unterschätzt werden, da diese nicht selten engagiert bei der Lösungssuche mitwirken und so eine dauerhafte Obdachlosigkeit abwenden.

Diese grundlegende Veränderung hat ca. ab 2015 begonnen. Vor der Social Media-Epoche haben betroffene junge Menschen sehr schnell den Weg in die Anonymität der Großstädte zum Schutz vor Entdeckung gesucht. Zu den bevorzugten Großstädten zählen auch heute Berlin, Frankfurt am Main, Hamburg, Köln und die Zentren des Ruhrgebiets von Duisburg über Essen und Bochum bis Dortmund, aber auch (mitunter temporär) Dresden, Hannover, Leipzig, Mannheim und Stuttgart. Die Städte sind die gleichen geblieben – junge Menschen aus ländlichen Gebieten kommen aber erst sehr viel später dort an – dann aber mit erheblich weiterentwickelten Problemlagen. Die als „Sofahopper“

überbrückte Zeit verzögert oder verhindert die Flucht in die Ballungszentren.

Die Sichtbarkeit minderjähriger Straßenkinder und junger Obdachloser im öffentlichen Raum, beispielsweise an Bahnhöfen und in Fußgängerzonen, hat durch Social Media und „Sofahopping“ stark abgenommen – nicht aber die Zahl der von Obdachlosigkeit bedrohten jungen Menschen. Es bilden sich heute seltener konsistente Gruppen auf der Straße.

Inwieweit sich die Überlebensstrategien dieser jungen Menschen neben dem „Sofahopping“ tatsächlich verändern, muss beobachtet werden. Sicher ist, dass der tägliche Überlebenskampf um Essen, Trinken und Schlafplatz temporär gemildert wird, sofern sich ein „Sofa“ findet. Falls nicht, gelten die traditionellen Strategien: Bettel, Prostitution oder Kleindiebstahl. Im Zentrum des Straßenlebens steht die Sicherung des eigenen Überlebens. Die ursprüngliche Zielsetzung, sich eine neue Lebensperspektive zu organisieren, tritt sowohl bei Sofahoppern als auch bei tatsächlich obdachlosen jungen Menschen schnell in den Hintergrund.

Hintergrund

Entkoppelte junge Menschen stammen aus allen Gesellschaftsschichten. Übliche Auslöser für die Flucht sind schwere familiäre Zerwürfnisse, Missachtung, Misshandlung oder Missbrauch, aber im Einzelfall auch gescheiterte Jugendhilfemaßnahmen. Materielle Not in der Familie spielt bei minderjährigen Straßenkindern nur eine zweitrangige Rolle. Zahlreiche obdachlose junge Menschen stammen jedoch aus sehr problembelasteten Elternhäusern und hatten bereits Kontakt zum Jugendamt. »Schule« ist zwar kein Auslöser für den Gang auf die Straße, allerdings kommt es vor der Flucht auf die Straße aufgrund der privaten Situation häufig zu einem schulischen Absturz.

Insgesamt machen die 18- bis 27-Jährigen mehr als 90 Prozent der Gesamtzahl aller durch Obdachlosigkeit bedrohten jungen Menschen in Deutschland aus. Insbesondere die Zahl der 18- bis 21-Jährigen übertrifft die Menge der Minderjährigen um ein Vielfaches. Dennoch gibt es immer wieder auch Kinder und Jugendliche in den Straßenumfeldern deutscher Großstädte.

Minderjährige Straßenkinder und Ausreißer unter 14 Jahren kommen jedoch sehr selten vor. Ab 16 Jahren nimmt die Anzahl allerdings rasant zu. Es sind ebenso viele Mädchen wie Jungen, allerdings entscheiden sich Mädchen aufgrund der früher einsetzenden Pubertät üblicherweise früher als Jungs dazu, abzuhaufen und ihr Schicksal selbst in die Hand zu nehmen. Ab der Volljährigkeit überwiegt die Anzahl männlicher junger Menschen.

Anders als bei den Minderjährigen sind die jungen Volljährigen häufig überschuldet. Zudem fehlen nicht selten Schulabschlüsse. Der Zugang zum Ausbildungsmarkt ist hierdurch weitgehend blockiert. Dennoch gleichen die Zukunftshoffnungen denen der Minderjährigen: Normalität, Geborgenheit, Schulabschluss, Berufsausbildung, Wohnung und Arbeit.

Ohne Wohnung oder ohne Obdach?

„Als wohnungslos werden Menschen bezeichnet, die über keinen mietvertraglich abgesicherten oder eigenen Wohnraum verfügen, obdachlos sind, vorübergehend bei Bekannten untergekommen sind, in Einrichtungen der freien Wohlfahrtspflege oder in kommunalen Einrichtungen leben. [...] Als obdachlos werden Menschen **bezeichnet**, die im öffentlichen Raum wie beispiels-



weise in Parks, Gärten, U-Bahnhöfen, Kellern oder Baustellen übernachten oder über die jeweiligen Ländergesetze der Sicherheit und Ordnung vorübergehend untergebracht sind. [...] Wohnungslosigkeit ist der übergreifende Begriff, Obdachlosigkeit bezeichnet lediglich einen Teil der Wohnungslosigkeit. Die Begriffe Wohnungslosigkeit und Obdachlosigkeit können also nicht synonym verwendet werden.“⁴

Sofahopper: Junge Menschen in der Grauzone

Die Off Road Kids Stiftung ergänzt die Unterscheidung zwischen Wohnungslosigkeit und Obdachlosigkeit mit der neuen Grauzone der „verdeckten Obdachlosigkeit“ in der beispielsweise viele „Sofahopper“ leben. Das sind junge Menschen, die ihren bisherigen Wohnplatz verloren haben und temporär bei Bekannten auf deren „Sofa“ untergekommen sind. Tatsächlich sind diese jungen Menschen nicht nur wohnungslos, sondern verdeckt obdachlos, denn sie haben keinerlei Rechtsanspruch auf das „Sofa“.

Disconnected Youth

Mit den Fachbegriffen „Entkoppelte junge Menschen“ bzw. „Disconnected Youth“ werden Jugendliche und junge Volljährige beschrieben, die durch Obdachlosigkeit bedroht sind, die weder Kontakt zu ihren Familienangehörigen bzw. Betreuungseinrichtungen noch zu Behörden wie dem Jugendamt oder dem Jobcenter haben und die keiner Schul- oder Berufsausbildung oder einer anderen regulären beruflichen Tätigkeit nachgehen. Junge Menschen also, die von der gesellschaftlichen Teilhabe völlig abgekoppelt sind.

Bundesweite Sozialarbeit mit Wirkung

Mit tausenden erfolgreich in neue Zukunftsperspektiven vermittelten jungen Menschen seit 1993 hat die Off Road Kids Stiftung bundesweit dazu beigetragen, dass sich Szenetreffpunkte junger Obdachloser vielfach aufgelöst haben. Die gefährliche Anziehungskraft dieser Szenetreffpunkte auf entkoppelte junge Menschen ist eingedämmt.

- Die frühe professionelle, bundesweite Onlinehilfe *Sofahopper.de* verhindert wirksam Abstürze ins Straßenleben.
- Die dauerhafte Abhängigkeit betroffener junger Menschen von sozialen Versorgungs- und Hilfeleistungen wird massiv reduziert und die gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht.
- Gefährliche Infektionskrankheiten, ungewollte Schwangerschaften und körperlicher Verfall werden vermieden.

Über 12.000 Minderjährige und junge Volljährige (bis 27 Jahre) haben die Sozialarbeiter von Off Road Kids seit 1993 erfolgreich vor der Obdachlosigkeit bewahrt und in dauerhaft tragfähige Zukunftsperspektiven vermittelt (Rückfälle bereits abgezogen).

Digitales Hilfesystem *Sofahopper.de*

Über die bundesweit verfügbare Onlinehilfe *Sofahopper.de* leisten die erfahrenen Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter der Off Road Kids Stiftung flächendeckend digitale Sozialarbeit und beraten Minderjährige und junge, von Obdachlosigkeit bedrohte Menschen (bis 27 Jahre) intensiv bei der Lösungssuche. Dieses Angebot richtet sich nicht nur an junge Obdachlose in Deutschland, sondern insbesondere an junge Menschen, die vorübergehend bei Bekannten „auf dem Sofa“ Unterschlupf gefunden haben und in „verdeckter“ Obdachlosigkeit leben.

Die Off Road Kids Stiftung hat dieses digitale Hilfesystem aufgrund einer bedeutenden Beobachtung ihrer Streetworkerinnen und Streetworker entwickelt: Die Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter hatten frühzeitig erkannt, dass entkoppelte junge Menschen (Disconnected Youth) seit der Verbreitung von Social Media (seit ca. 2015) häufig über lange Zeiträume in „verdeckter Obdachlosigkeit“ leben, bevor es zur tatsächlichen Obdachlosigkeit kommt. Über ihre Social Media-Kanäle finden sie im ursprünglichen Heimatgebiet leichter als zuvor temporäre Unterkünfte bei mehr oder minder guten Bekannten. Daher werden sie sehr viel später als bisher tatsächlich obdachlos und stranden erst mit erheblicher Verzögerung in großen deutschen Städten. Bis dahin sind diese jungen Menschen durch die traditionelle Großstadt-Streetwork nicht erreichbar.

Wertvolle Zeit verstreicht ungenutzt, denn ohne kompetente Hilfe bei der Suche nach einer tatsächlich tragfähigen Lebensperspektive unterscheiden sich ihre Zukunftsaussichten aber kaum von denen junger Obdachloser im Straßenmilieu. Das umfassende Onlineberatungsangebot *Sofahopper.de* trägt dieser Erkenntnis Rechnung.



Ein Erklärvideo von *Sofahopper.de* informiert junge Menschen über das Angebot.

Hilfe greift vor tatsächlicher Obdachlosigkeit

Die Beratung durch *Sofahopper.de* setzt vielfach erheblich früher an als die traditionelle Straßensozialarbeit und ermöglicht insbesondere entkoppelten jungen Menschen in der prekären Phase der verdeckten Obdachlosigkeit eine professionell begleitete Suche nach neuen, dauerhaft tragfähigen Zukunftsperspektiven. Die Hilfe in dieser Phase ist sehr aussichtsreich, da die jungen Menschen zumindest noch ein Dach über dem Kopf haben und die Beratung zügig auf die zukünftige Unterkunft und Lebensgestaltung ausgerichtet werden kann.

Niedrigschwelliger Zugang

Wesentliche Erfolgsfaktoren sind die leichte Auffindbarkeit des Beratungsangebots und der niedrigschwellige Zugang. Das Onlinehilfeangebot *Sofahopper.de* basiert auf der Erkenntnis, dass mittlerweile jeder Hilfe suchende junge Mensch über ein Smartphone verfügt oder zumindest Zugang zum Internet hat. Hinzu kommt die Erfahrung, dass die jungen Menschen selbst, aber auch deren Gastgeber eigeninitiativ online nach Rat und Hilfe suchen, sobald die Situation aussichtslos erscheint. *Sofahopper.de* setzt daher erfolgreich auf die Google-Suche. Parallel dazu wird das Beratungsangebot durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit kontinuierlich in den Sozialen Medien und in den traditionellen Medien publiziert. Das beratende Fachpersonal ist zu den oben genannten Tageszeiten live erreichbar. Mithilfe des Kontaktformulars können Betroffene auch unabhängig von den Onlineberatungszeiten ihre Situation schildern und Beratung anfordern.

Professionelles Hilfespektrum und gestufte Beratungssettings

Bei *Sofahopper.de* setzt die Off Road Kids Stiftung ausnahmslos Fachpersonal mit (insb. Sozialpädagogik, Sozialarbeit usw.) ein. Das Informations- und Beratungsspektrum ist vielfältig und reicht von der Soforthilfe bis hin zur Entwicklung und Einleitung einer dauerhaften Zukunftsperspektive. Zudem ist es möglich, sich gezielt zu einzelnen Themen wie etwa der korrekten Antragstellung bei einer Behörde beraten zu lassen. Wie alle Beratungsangebote der Off Road Kids Stiftung beruht auch *Sofahopper.de* auf freiwilliger Teilnahme. Die Beratung erfolgt neutral und ohne jedwede parteipolitische oder konfessionelle Bindung.

Ausführliche Erklärvideos ermöglichen eine völlig kontaktlose Beratung zu häufig angefragten Themen wie z. B. der Klärung der Behördenzuständigkeit, den Methoden zur Wohnungssuche, der Vorgehensweise bei Mietschulden oder der spezifischen Antragstellung bei der passenden Behörde.

Vertrauliche Onlineberatung per Text-Chat oder Telefon ermöglicht einen niedrigschwelligen Zugang zu persönlicher, individueller Beratung. Individuelle, nicht-anonyme Onlineberatung per Text-Chat, Telefongespräch oder auch Videokonferenzsystem ist das Äquivalent zur traditionellen Streetwork und bildet ein vergleichbares Hilfespektrum im virtuellen Sozialraum ab.

Hybrides Beratungsangebot

Die bundesweit verfügbare, digitale Streetworkstation *Sofahopper.de* und die lokalen Streetworkstationen der Off Road Kids Stiftung in Berlin, Dortmund, Frankfurt, Hamburg und Köln sind eng miteinander verflochten und bilden ein hybrides Beratungssystem. Das beratende Personal bei *Sofahopper.de* ist ebenfalls in den Streetworkstationen tätig, und die eingehenden Hilfeanfra-

gen werden nach Möglichkeit am jeweils territorial nächstliegenden Streetworkstandort bearbeitet.

Dies ist insbesondere für den großen Anteil entkoppelter junger Menschen von Vorteil, die den Kontakt über *Sofahopper.de* aufgenommen haben und aus den weitläufigen Ballungsräumen der Off Road Kids Streetworkstationen stammen. Sie haben die Möglichkeit, vom digitalen in ein analoges Beratungssetting zu wechseln und die Beratung direkt in der lokalen Streetworkstation fortzusetzen. Dieses hybride Zusammenspiel – und vor allem der Übergang von digitaler zu analoger Beratung – erhöht die Wahrscheinlichkeit eines erfolgreichen Beratungsabschlusses in kurzer Zeit.

Netzwerkarbeit

Entkoppelte junge Menschen, die sich nicht im Einzugsbereich einer Streetworkstation befinden, werden per E-Mail, Text-Chat, Telefon oder Videokonferenz beraten. Bei Bedarf sucht das Beratungspersonal von *Sofahopper.de* am Aufenthaltsort der jungen Menschen nach lokalen Hilfeeinrichtungen und Beratungsstellen und stellt den Kontakt der jungen Menschen zu diesen Angeboten her.

Aufgrund der langjährigen Tätigkeit der Off Road Kids Stiftung verfügen die Beraterinnen und Berater über Kontakte zu zahlreichen Einrichtungen in Deutschland. Dank des stark zunehmenden Bekanntheitsgrads von *Sofahopper.de* bieten lokale Angebote in vielen Städten eigeninitiativ eine Kooperation an, um junge Menschen zu unterstützen. ■

Anmerkungen

- 1 <https://www.bmwsb.bund.de/SharedDocs/downloads/Webs/BMWSB/DE/veroeffentlichungen/wohnen/wohnungslosenbericht-2024.pdf> (25.04.2025). Die Berechnung der Off Road Kids Stiftung auf der Basis des Wohnungslosenberichts 2024 findet sich unter https://offroadkids.de/fileadmin/ork/content/pdf/Andere_PDFs/In_Deutschland_akut_durch_Obdachlosigkeit_Gefaehrdete_14_-27_Jahre_Messung_2024.pdf (25.04.2025).
- 2 <https://www.dji.de/veroeffentlichungen/aktuelles/news/article/452-kein-dach-ueber-dem-kopf-das-dji-hat-die-anzahl-junger-menschen-ohne-festen-wohnsitz-erhoben.html> (25.04.2025).
- 3 <https://www.vodafone-stiftung.de/wp-content/uploads/2019/06/Entkoppelt-vom-System.pdf> (25.04.2025).
- 4 <https://www.diakonie.de/wissen-kompakt-wohnungs-und-obdachlosigkeit> (25.04.2025).

■ ■ ■ ■ ■ O-TON

„Wenn Wohnen weiterhin als Ware und nicht als Grundbedürfnis begriffen wird, wird sich an der Situation der Wohnungslosigkeit in Deutschland kaum etwas ändern – und wenn, dann eher zum Schlechteren für weite Teile der Gesellschaft.“

(Lars Schäfer, Referent für Wohnungsnotfall- und Straffälligenhilfe bei der Diakonie Deutschland)

(<https://www.diakonie.de/wissen-kompakt-wohnungs-und-obdachlosigkeit>)



Die **Off Road Kids Stiftung** ist eine rechtsfähige, gemeinnützige und mildtätige Stiftung des bürgerlichen Rechts mit Sitz in München. Die Stiftung wurde zur Integration von Straßenkindern und von entkoppelten Minderjährigen und jungen Erwachsenen gegründet. Neben der Hilfe für Heranwachsende in akuten Notlagen und/oder mit geringem oder fehlendem familiären Halt und für durch Obdachlosigkeit gefährdete junge Menschen in Deutschland sollen die Stiftungsgelder auch dazu beitragen, die Situation von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen – unabhängig von Nationalität, sozialem Stand oder Religion – langfristig zu verbessern. *Sofahopper.de* wird gefördert von der Deutsche Bahn Stiftung, dem Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie dem Kinder- und Jugendplan des Bundes.

Material für Fachkräfte



Claudia Daigler

Junge Wohnungslose**Eine Einführung für die Soziale Arbeit**

Warum werden junge Menschen wohnungslos? Wie heterogen ist diese Gruppe? Wie sehen ihr Alltag und ihre Bewältigungsformen aus? Was wünschen sich junge Wohnungslose an Unterstützung, was fordern sie und wie organisieren sie sich, z. B. auch über Portale im Netz? Das Grundlagenwerk beantwortet diese Fragen und stellt Ansätze der Sozialen Arbeit, insbesondere der Jugendhilfe, vor. Zudem werden bestehende Zuständigkeitskonflikte in den Hilfesystemen herausgearbeitet und aufgezeigt, wie diesen Konflikten mit neuen, innovativen Ansätzen und einer engagierten Sozialplanung begegnet werden kann. Abgerundet wird die Einführung durch ein Kapitel zur Motivation und zu Kompetenzen, über die in der Wohnungsnotfallhilfe tätige Sozialarbeitende verfügen sollten.

110 Seiten, 21,- Euro, ISBN: 978-3170424098, Kohlhammer, Stuttgart 2023.



Angelika Sinn

Keine Bleibe**Lebensgeschichten wohnungsloser Frauen**

Wenn Frauen obdachlos werden, haben sie in der Regel schon ein hartes Leben hinter sich, Gewalt und sexuellen Missbrauch in ihren Familien und Partnerschaften erlebt, wurden ausgebeutet, betrogen oder zur Sexarbeit gezwungen. Ohne feste Bleibe gerät ihr Leben

nun vollkommen aus den Fugen. In diesem Buch gibt Angelika Sinn acht wohnungslosen Frauen eine Stimme, macht deren Erlebnisse und Erfahrungen sichtbar und nachvollziehbar, sodass Leserinnen und Leser tief in die Lebenswelt der in Not geratenen Frauen eintauchen können. Da ist zum Beispiel Lisa, die im Heim aufwuchs und schon als Jugendliche auf der Straße landete. Oder Nadine aus Kamerun, die nach einer gescheiterten Ehe davon träumt, in die Heimat zurückzukehren. Anna musste vor ihrem gewalttätigen Mann fliehen und Katharina war jahrelang mit ihrer Mutter in einer vermüllten Wohnung eingesperrt. Kennengelernt hat Angelika Sinn die Frauen während ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit im Bremer Tagestreff frauenzimmer und in der von ihr dort angeleiteten Schreibwerkstatt. In langen Gesprächen mit der Autorin haben die Frauen mutig ihre Lebensgeschichten aufgerollt, ihre prekäre Situation geschildert, über Pläne und Wünsche für die Zukunft nachgedacht. Oft klingen die Frauen resigniert und verzweifelt, dann wieder sind sie voller Hoffnung, ihr alltägliches Leben in die Hand nehmen zu können, einen Neuanfang zu schaffen. Behutsam und mit vielen O-Tönen gibt Angelika Sinn die Berichte ihrer Gesprächspartnerinnen wieder.

152 Seiten, 20,- Euro, ISBN: 978-3955103477, Osburg, Hamburg 2024.



Claudia Steckelberg / Rudolf Bieker

Wohnungslosigkeit**Grundlagen und Handlungswissen für die Soziale Arbeit**

Wohnungslosigkeit ist ein soziales Problem, mit dem sich die moderne Soziale Arbeit seit ihren Anfängen beschäftigt. Auch im 21. Jahrhundert ist die Wohnungsfrage eine der größten gesellschaftlichen Herausforderungen angesichts der steigenden Mieten, Zwangsräumungen und zunehmender Armut. Für immer mehr Menschen ist eigener Wohnraum keine Selbstverständlichkeit mehr.

In diesem Lehrbuch wird Wohnungslosigkeit aus unterschiedlichen Perspektiven und Disziplinen beleuchtet. Soziologische und ökonomische Grundlagen werden ebenso vermittelt wie sozial- und wohnungspolitische Strategien gegen die Wohnungsnot. Welche Ansätze, Konzepte und Methoden zur Überwindung von Wohnungslosigkeit die Soziale Arbeit bietet, wird differenziert für unterschiedliche Lebenslagen und Zielgruppen aufbereitet.

Im Fokus steht dabei nicht nur die Wohnungslosenhilfe; vielmehr bezieht das Buch zahlreiche Handlungsfelder der Sozialen Arbeit mit ein und liefert entsprechende Methoden. Denn den Folgen von Wohnungsnot begegnen Sozialarbeitende in den unterschiedlichsten Kontexten – eine Entwicklung, der dieses Buch Rechnung trägt.

136 Seiten, 29,- Euro, ISBN: 978-3170384521, W. Kohlhammer, Stuttgart 2023.



Bertelsmann Stiftung (Hrsg.)

**Policy Brief zu Kinderarmut
Daten und Fakten**

In Deutschland gilt nach wie vor jedes fünfte Kind und jeder vierte junge Erwachsene zwischen 18 und 24 Jahren als armutsgefährdet. Aktuell wird daher um das Thema Kinderarmut und die Einführung einer Kindergrundsicherung in

der Öffentlichkeit wie der Politik diskutiert und gerungen. Um die unterschiedlichen Positionen und Argumentationen in dieser Debatte besser einordnen zu können, stellen wir in diesem Policy Brief aktuelle wissenschaftliche Forschungsergebnisse und Daten zusammen, die dabei helfen können, das eine oder andere Argument auf den Prüfstand zu stellen.

Auf der Grundlage der in der Wissenschaft gängigen Armutsdefinitionen bietet der Policy Brief aktuelle Daten zur Einkommensarmutsgefährdung von jungen Menschen sowie dem SGB II-Bezug für das Jahr 2022. Zudem liefert er neue Evidenz zu der Frage, ob Eltern Geldleistungen für Kinder auch tatsächlich für diese verwenden. Die Studienlage zeigt einhellig, dass Eltern solche Leistungen für ihre Kinder nutzen, z. B. für Hobbies, Betreuungsangebote oder auch eine größere Wohnung.

Natürlich ist die Einführung einer Kindergrundsicherung teuer. Dass das Geld für die Kindergrundsicherung aber eine gute Investition in die nachwachsende Generation sowie die Gesell-

schaft insgesamt ist, legen aktuelle US-amerikanische Studien nahe. Sie zeigen, dass sich Maßnahmen zur Armutsvermeidung in den ersten Lebensjahren von Kindern mittel- und langfristig für den Staat auszahlen.

In der Debatte um die Kindergrundsicherung wird auch oft argumentiert, dass Investitionen in Bildung und ein damit vermeintlich ermöglichter „Aufstieg durch Bildung“ die bessere Maßnahme gegen Armut seien. Auf Basis aktueller bildungswissenschaftlicher Befunde plädiert der Policy Brief dafür, dieses Gegeneinanderauspielen von Investitionen gegen Armut oder in Bildung aufzugeben. Vielmehr müssen die Probleme Armut und mangelnde Bildungschancen endlich gemeinsam angegangen werden, denn Kinder und Jugendliche brauchen sowohl finanzielle Sicherheit in ihrem familiären Umfeld als auch gute Bildungsinstitutionen.

Schließlich werden in dem Policy Brief klare Forderungen an die Ausgestaltung einer Kindergrundsicherung formuliert, damit sie Kinder- und Jugendarmut tatsächlich wirksam vermeidet.

https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/Familie_und_Bildung/IN_BNG_Policy_Brief_Kinderarmut_Kindergrundsicherung_Daten_Fakten_2023.pdf



Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie Berlin (Hrsg.)

Angebote für junge Menschen armutssensibel gestalten

Handreichungen für Fachkräfte

In bestimmten Städten und Regionen ist die Quote von Familien, die Grundsicherungsleistungen beziehen, sehr hoch. Eingeschränkte finanzielle Mittel beeinträchtigen allerdings die Bildungschancen, Gesundheit und soziale Teilhabe junger Menschen. Um armutsbetroffene Kinder und Jugendliche besser zu unterstützen, hat der Senat der Stadt Berlin eine Landeskommision zur Prävention von Kinder- und Familienarmut eingerichtet, die eine gesamtstädtische Strategie entwickelt hat.

Im Rahmen dieser Strategie wurde 2024 u. a. ein Leitfaden entwickelt, der anhand von Beispielen aus den Bereichen Freizeit, Sport und kultureller Bildung zeigt, wie Projekte gestaltet sein müssen, damit sie armutsbetroffene Kinder und Jugendliche erfolgreich und gleichzeitig sensibel ansprechen. Ein Selbstcheck unterstützt Fachkräfte dabei, die eigene Haltung sowie die Arbeit in Bezug auf das Thema „Armutssensibilität“ zu reflektieren. Die Handreichungen und weitere Materialien stehen auch für Fachkräfte in anderen Bundesländern zur Verfügung (<https://www.berlin.de/sen/jugend/jugend-und-familienpolitik/kinder-und-familienarmut/>).

<https://www.berlin.de/sen/jugend/jugend-und-familienpolitik/kinder-und-familienarmut/leitfaden-armutssensibilitaet.pdf?ts=1728392355>

<https://www.berlin.de/sen/jugend/jugend-und-familienpolitik/kinder-und-familienarmut/selbstcheck-armutssensibilitaet-lang.pdf?ts=1730973580>



Landesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit NRW e.V. (Hrsg.)

Jugendwohnen Ein Ort zum Leben und Lernen

Die Broschüre „Jugendwohnen. Ein Ort zum Leben und Lernen“, herausgegeben von der Landesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit Nordrhein-Westfalen e. V., gibt Antworten auf neun zentrale Fragen zum Jugendwohnen.

Das Angebot des sozialpädagogisch begleiteten Jugendwohnens nach § 13 Abs. 3 SGB VIII bietet jungen Menschen die Möglichkeit, einen Ausbildungsplatz auch fern der elterlichen Wohnung annehmen zu können. Darüber hinaus nutzt auch die kommunale Jugendhilfe dieses Angebot, wenn junge Menschen in schulischer oder beruflicher Ausbildung nicht mehr zu Hause wohnen können. Die sozialpädagogische Begleitung unterstützt dabei die jungen Menschen je nach ihrem individuellen Bedarf, damit sie ihren Schul- oder Ausbildungsabschluss erfolgreich absolvieren können.

[http://www.jugendsozialarbeit.info/jsa/lagkjsnrw/web.nsf/gfx/med_aida-bv4efg_a38b5/\\$file/2020_Jugendwohnen_2Auflage.pdf](http://www.jugendsozialarbeit.info/jsa/lagkjsnrw/web.nsf/gfx/med_aida-bv4efg_a38b5/$file/2020_Jugendwohnen_2Auflage.pdf)



Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e.V. (Hrsg.)

Zu Lebenslagen wohnungsloser und von Wohnungslosigkeit bedrohter Menschen in Deutschland

Statistikbericht 2022 mit Schwerpunktthema „Jungen Menschen in Wohnungsnot“

Der Statistikbericht der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e.V. gibt Einblick in die Resultate der DzW-Klientendatenerhebung (Dokumentationssystem zur Wohnungslosigkeit) für das Jahr 2022.

Die Basis der statistischen Auswertung bildet die jährliche Erhebung der Daten von Klientinnen und Klienten aus verbandlichen Diensten und Einrichtungen der Hilfen in Wohnungsnotfällen. Für das Berichtsjahr 2022 übermittelten 227 Mitgliedseinrichtungen mehr als 38.200 anonymisierte Falldaten. Einen Schwerpunkt legt der Statistikbericht 2022 auf junge Menschen in Wohnungsnot.

71 Prozent aller erfassten Hilfesuchenden sind akut wohnungslos. Dieser Datenumfang erlaubt somit nicht nur, zuverlässige Angaben zu soziodemographischen Zusammensetzungen wie Alter, Geschlecht oder Bildungsstand von Hilfesuchenden zu treffen, sondern auch differenzierte Rückschlüsse auf deren Lebenslagen zu ziehen.

https://www.bagw.de/fileadmin/bagw/media/Doc/STA/STA_Statistikbericht_2022.pdf



Bertelsmann Stiftung (Hrsg.)

Kindergrundsicherung: Weichen jetzt richtig stellen!

Policy Brief 2024 zu Kinderarmut

In Deutschland gilt jedes fünfte Kind und jeder vierte junge Erwachsene zwischen 18 und 24 Jahren als armutsgefährdet. Die sogenannte Kindergrundsicherung sollte eine Leistung für alle Kinder sein. Nach dem Ende der Ampelkoalition war in der 20. Wahlperiode des Deutschen Bundestages eine Verabschiedung des Gesetzentwurfs nicht mehr zu erwarten.

Im Koalitionsvertrag ist der Auftrag zur Einführung einer Kindergrundsicherung verankert: „Jedes Kind soll die gleichen Chancen haben. Diese Chancengleichheit ist aber noch lange nicht Realität. Wir wollen mehr Kinder aus der Armut holen, werden mit der Kindergrundsicherung bessere Chancen für Kinder und Jugendliche schaffen und konzentrieren uns auf die, die am meisten Unterstützung brauchen.“

Die Bundesregierung hatte einen Gesetzentwurf für die Einführung einer Kindergrundsicherung auf den Weg gebracht. Vorrangiges Ziel dieses Gesetzes ist es, die seit Jahren bestehende Kinder- und Jugendarmut in Deutschland zu verringern. Der Gesetzentwurf stellt einen ersten wichtigen Schritt dar, um Leistungen für junge Menschen zusammenzufassen und Familien zu entlasten. Doch um Kinder- und Jugendarmut wirksam zu vermeiden, muss noch nachgebessert werden.

In ihrem Policy Brief hat die Bertelsmann Stiftung zusammengefasst, an welchen Stellen der Gesetzentwurf im Sinne der jungen Menschen dringend überarbeitet werden sollte. Die Vorschläge betreffen vor allem die Neubestimmung der Existenzsicherung, den Bildungs- und Teilhabebetrag, Kinder in alleinerziehenden Familien, Kinder nach dem Asylbewerberleistungsgesetz und die Familienservicestellen.

In ihrem Policy Brief hat die Bertelsmann Stiftung zusammengefasst, an welchen Stellen der Gesetzentwurf im Sinne der jungen Menschen dringend überarbeitet werden sollte. Die Vorschläge betreffen vor allem die Neubestimmung der Existenzsicherung, den Bildungs- und Teilhabebetrag, Kinder in alleinerziehenden Familien, Kinder nach dem Asylbewerberleistungsgesetz und die Familienservicestellen.

https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/PicturePark/2024-01/Policy_Brief_Kinderarmut_Kindergrundsicherung_Weichen_stellen_ID2102.pdf



Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband Gesamtverband e.V. (Hrsg.)

Wohnen macht arm

Kurzepertise zu Wohnkosten und unsichtbarer Armut

Die Paritätische Forschungsstelle hat 2024 eine bahnbrechende Berechnung zur Wohnarmut in Deutschland veröffentlicht. Die Ergebnisse zeigen ein alarmierendes Bild: Deutlich mehr Menschen als bisher angenommen leben in Armut, wenn die Wohnkosten berücksichtigt werden. Die steigenden Mieten belasten vor allem Menschen mit niedrigem Einkommen überproportional. Viele Haushalte geben inzwischen mehr als ein Drittel ihres Einkommens für Wohnkosten aus – manche sogar mehr als die Hälfte.

Von Wohnarmut betroffen sind insgesamt 21,2 % der Bevölkerung (17,5 Millionen Menschen). Das sind 5,4 Millionen mehr

Armutsbetroffene als nach konventioneller Berechnung. Massiv betroffene Gruppen sind

- Menschen ab 65 Jahren: 27,1% Armutsquote
- Junge Erwachsene (18-25 Jahre): 31% Armutsquote
- Alleinerziehende: 36 % Armutsquote
- Alleinlebende: 37,6 % Armutsquote (im Rentenalter sogar 41,7 %)
- Erwerbslose: 61,3 % Armutsquote

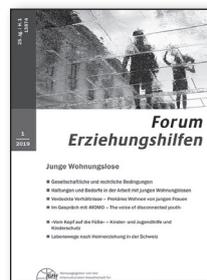
Die Expertise unterbreitet Vorschläge, mit welchen sozialpolitischen Maßnahmen die Armutsücke geschlossen werden kann.

Die Zahlen unterstreichen die Notwendigkeit einer ambitionierten Wohnungspolitik. Armutsbekämpfung erfordere eine Begrenzung der Wohnkosten. Deshalb müsse auf das bestehende Marktgeschehen stärker Einfluss genommen werden. In der Diskussion ist aktuell die 2015 eingeführte und Ende 2025 auslaufende Mietpreisbremse. Falls die bis Ende 2028 geplante Verlängerung wegfällt, drohen massive Preissteigerungen in angespannten Wohnungsmärkten.

Der Paritätische Gesamtverband ruft darüber hinaus die künftige Bundesregierung auf neue, dauerhaft sozial gebundene Wohnungen zu schaffen. „Eine zielgerichtete Politik zur Vermeidung von Armut in Deutschland braucht gute Löhne, bessere soziale Absicherung und eine Wohnungspolitik, die Mieten bezahlbar hält“, fasst Joachim Rock, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbandes, die Expertise zusammen.

Die Studie basiert auf einer Sonderauswertung durch das Statistische Bundesamt. Sie berücksichtigen erstmals die tatsächlich verfügbaren Einkommen nach Abzug der Wohnkosten (Warmmiete und Strom). Basierend auf den Zahlen des Statistischen Bundesamtes wurden die Einkommen um die Wohnkosten bereinigt und so eine Wohnarmutsgrenze ermittelt. Diese Wohnarmutsformel macht ein bislang unsichtbares Ausmaß der Armut sichtbar.

https://www.der-paritaetische.de/fileadmin/user_upload/Schwerpunkte/Wohnen/doc/Kurzepertise_Wohnarmut_24_12_13.pdf



Internationale Gesellschaft für erzieherische Hilfen (Hrsg.)

Forum Erziehungshilfen

Ausgabe 1/2019: Junge Wohnungslose

Wohnungslosigkeit und Obdachlosigkeit von jungen Menschen in Deutschland sind kein Randphänomen. Junge wohnungslose Menschen werden oft

ausgegrenzt und an den Stadtrand verbannt. Dass junge Menschen und auch Minderjährige wohnungslos sind, muss in weiten Teilen auch als Scheitern des Kinder- und Jugendhilfesystems verstanden werden.

Expert_innen gehen aktuell davon aus, dass in Deutschland 37.000 junge Menschen bis 26 Jahren ohne festen Wohnsitz leben, davon ca. 6.500 Minderjährige. Sie schlafen bei Freunden auf dem Sofa oder auf der Straße und leben unter extrem schwierigen Bedingungen, oft in starken Abhängigkeiten, die nicht selten mit Ausbeutungsverhältnissen einhergehen. Viele dieser jungen Menschen haben ‚Jugendhilfe-Erfahrungen‘ (ambulante oder sta-

tionär), viele wurden ohne Wohnung und gesicherte Existenz aus der Jugendhilfe entlassen, einige haben nach der Jugendhilfe nie eine feste Wohnung gefunden bzw. diese durch eine fehlende Nachbetreuung wieder verloren. Einige sind aus Einrichtungen der Jugendhilfe aufgrund der rigiden Settings verwiesen worden oder ‚geflohen‘.

Mit diesem Heft soll die Problematik wohnungsloser junger Menschen wieder ins Zentrum der Fachdiskussion in den Erziehungshilfen gerückt werden.

<https://igfh.de/publikationen/forum-erziehungshilfen-fore/junge-wohnungslose>



Beratungsforum Jugend stärken (Hrsg.)
**Nationaler Aktionsplan
 gegen Wohnungslosigkeit**
**Jugendliche und junge Erwachsene
 als besondere Bedarfsgruppe
 Anerkennen**

Das Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) hat 2024 unter Beteiligung

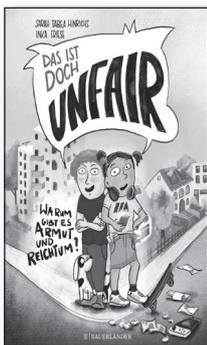
und Mitwirkung von Vertreter*innen der zuständigen Bundesressorts, der Länder, den kommunalen Spitzenverbänden, der Freien Wohlfahrtspflege, der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe, der Wohnungswirtschaft, dem Deutschen Mieterbund sowie der Wissenschaft einen Referentenentwurf vom Nationalen Aktionsplan (NAP) gegen Wohnungslosigkeit „Gemeinsam für ein Zuhause“ erstellt.

Der Nationale Aktionsplan gegen Wohnungslosigkeit verfolgt koordiniert durch die Bundesregierung (insb. BMWSB) das Ziel, Wohnungs- und Obdachlosigkeit bis 2030 zu überwinden.

Eine Einschätzung zum Referentenentwurf hat das Beratungsforum Jugend stärken 2024 veröffentlicht. Im Zentrum stehen die Bedarfe von Heranwachsenden in Wohnungsnot und deren Lebenslagen.

https://beratungsforum-jugend.de/wp-content/uploads/2024/06/2024_NAP_-Wohnungslosigkeit-Jugendlicher-und-junger-Erwachsener-bekaempfen_end.pdf

Material für Kinder und Jugendliche



Inka Friese / Sarah Tabea Hinrichs
Das ist doch unfair!
Ein Kindersachbuch über Armut und soziale Gerechtigkeit

Warum kann Finn seinen Kindergeburtstag nicht feiern? Warum fliegt Ailin in den Urlaub und Helen bleibt daheim? Was arbeiten Lis Eltern? Kinder nehmen in ihrem Alltag mit feinen Antennen soziale Unterschiede wahr und stellen Fragen über die Gründe für Armut, Geldverteilung, Vorurteile und Ungerechtigkeit.

Alltagsnah und echt lädt dieses Kindersachbuch dazu ein, den Blick aus der sozialen Bubble zu wagen und die Brille anderer

Kinder und Familien aufzusetzen. Begriffe wie Armut, Reichtum, soziale Ungerechtigkeit, Chancengleichheit werden mit Leben gefüllt und leicht verständlich erklärt. Kinder kommen in O-Tönen zu Wort und berichten aus ihrer Sicht, was sie als unfair und was als gerecht empfinden.

Geeignet ist das Buch für Kinder ab 7 Jahren. Es ist in Kooperation mit Oxfam Deutschland entstanden.

40 Seiten, 16,- Euro, ISBN: 978-3737372763, Sauerländer, Frankfurt a. M. 2024.



Henrick Hitzbleck / Kerstin Wacker
**Das Mädchen in unserem
 Badezimmer**

Die vierzehnjährige Amra lernt zufällig das Mädchen Coco kennen, findet ihr Tagebuch und macht sich auf die Suche nach der Siebzehnjährigen. Sie erfährt von der schwierigen Familienkonstellation, der Armut und schließlich der Obdachlosigkeit des Mädchens. Amra und ihre Freundin tauchen ein in eine für sie fremde Welt, sprechen mit Betroffenen und gewinnen immer mehr Verständnis.

Sensibel nähern sich Autor und Illustratorin der Thematik, setzen sich mit Vorurteilen auseinander und erzählen authentisch von unterschiedlichen Lebenswelten der Jugendlichen. Empfohlen wird das Buch für das Lesealter ab 12 Jahren.

272 Seiten, 14,80 Euro, ISBN: 978-3000717765, Wacker und Freunde, Berlin 2022.

Material für Eltern



Celsy Dehnert
Das Gefühl von Armut
Über knappe Kohle, geringen Selbstwert und einen Sozialstaat, der uns im Stich lässt

Kinder, die nicht mit auf Klassenfahrt fahren können, Teenager, die wegen der falschen Kleidung gemobbt werden, Young Professionals, die allein zu Mittag essen, weil die Kantine zu teuer ist: Armut macht einsam und hält Betroffene klein. Denn Armut prägt und lässt dich niemals los. Und wenn Wohnen immer teurer wird, Lebensmittelpreise immer weiter steigen und wenn die Gehälter hinter der Inflation zurückbleiben, bedroht Armut auch die Mittelschicht.

Wie fühlt es sich an, arm zu sein? Es geht um Herzrasen an der Supermarktkasse, Schuldgefühle bei Spontankäufen, ein geringes Selbstwertgefühl. Celsy Dehnert zeigt aus eigener Erfahrung, was Armut mit Menschen macht und was das mit unserer Klassengesellschaft zu tun hat. Und sie gibt eine Antwort darauf, was wir tun müssen, damit alle eine Chance bekommen.

Wie fühlt es sich an, arm zu sein? Es geht um Herzrasen an der Supermarktkasse, Schuldgefühle bei Spontankäufen, ein geringes Selbstwertgefühl. Celsy Dehnert zeigt aus eigener Erfahrung, was Armut mit Menschen macht und was das mit unserer Klassengesellschaft zu tun hat. Und sie gibt eine Antwort darauf, was wir tun müssen, damit alle eine Chance bekommen.

240 Seiten, 16,- Euro, ISBN: 978-3745923438, Edition Michael Fischer, Iglting 2024.

Die in dieser Rubrik veröffentlichten Meinungen werden nicht unbedingt von der Redaktion und dem Herausgeber geteilt. Die Kommentare sollen zur Diskussion anregen. Über Zuschriften freut sich die Redaktion von **THEMA JUGEND**.



Willkommen, Kinder?!

■ Nicht allein der jüngst erschienene „Teilhabeatlas Kinder und Jugendliche“¹ zeigt anhand von Daten und subjektiven Erfahrungen Heranwachsender, dass Kinder und Jugendliche in Deutschland – aufgrund ihres Alters – strukturell benachteiligt sind. Räume für Mitbestimmung, Möglichkeiten der Beteiligung und eine altersgerechte selbstbestimmte Lebensgestaltung sind an vielen Stellen reduziert oder fehlen gänzlich.

Die Bedeutung von Kindheit und Jugend als Lebensphase mit eigenem Wert scheint insgesamt gering zu sein in einer immer älter werdenden Gesellschaft. Zwar herrscht Einigkeit darüber, dass Kinder und Jugendliche unter besonderem Schutz stehen, abgeleitet wird daraus jedoch nicht unbedingt das Recht junger Menschen, gleichberechtigte Mitglieder der Gesellschaft zu sein und in echter Teilhabe mitzugestalten. Im öffentlichen Raum gelten Heranwachsende bisweilen gar als störend: Familien mit Kindern werden etwa bei der Wohnraumvergabe benachteiligt, Kindheit und Jugend sind Faktoren für Armutsgefährdung, und nicht zuletzt während der Coronapandemie wurden jungen Menschen Anpassungsbereitschaft und Kooperation abverlangt, die ihnen umgekehrt nicht entgegengebracht werden.

Offenbar leben wir in einer Welt der Erwachsenen, in die sich Kinder und Jugendliche einfügen und einpassen (lassen) sollen. Selten sind junge Menschen explizit gefragt, sich einzubringen oder mitzubestimmen in Angelegenheiten, die sie selbst betreffen. „Niemand ist zu jung, um gleiche Rechte zu haben“, fasste die Unabhängige Bundesbeauftragte für Antidiskriminierung, Ferda Ataman, anlässlich des Weltkindertages 2022 zusammen und bemerkte, dass Altersdiskriminierung auch Kinder und Jugendliche betreffe.²

Sichtbarkeit von Kindern und Jugendlichen und ihren Bedarfen, Verständnis für ihre Lebenslagen und Perspektiven und Rücksichtnahme auf alle Herausforderungen, die die Lebensphase Kindheit und Jugend mit sich bringt, sollten nicht erst zur Verpflichtung werden müssen. Vielmehr gehören die Sichtbarkeit und Wertschätzung aller Lebensphasen zu den Werten einer demokratischen Gesellschaft und erfolgen aus der gemeinsamen Verantwortung füreinander und für die jungen Generationen. Kinder und Jugendliche nicht nur zu dulden, sondern – ebenso wie Menschen aller anderen Lebensalter – willkommen zu heißen, muss (wieder) selbstverständlich sein.

Heranwachsende beanspruchen Teilhabe und Mitbestimmung, fordern ihr Recht auf Gestaltung ihres Lebens(raumes) ein, wol-

len präsent und sichtbar im öffentlichen Raum sein, wünschen sich Begleitung und brauchen Unterstützung bei der Bewältigung ihrer Entwicklungsaufgaben. All das darf nicht nur „Privatsache“ von Menschen sein, die als Eltern und Erziehungsberechtigte Verantwortung übernehmen oder als Fachkräfte im Bereich Bildung, Kinder- und Jugendhilfe und Pädagogik tätig sind. Die Sorge für ein möglichst gutes Aufwachsen junger Menschen darf nicht als Belastung empfunden werden, sondern muss selbstverständliches Anliegen der sogenannten älteren Generationen sein. Dass Heranwachsende eigene Themen und Schwerpunkte für die Zukunft setzen, gehört ebenso zu einer vielfältigen Gesellschaft wie die Anerkennung der Beiträge, durch die junge Menschen ihre – und unsere – Lebenswelt mitgestalten.

Die angemessene Berücksichtigung und Beteiligung Heranwachsender stellen eine Aufgabe nicht allein für politisch Verantwortliche dar; es gilt, diese gesamtgesellschaftlich (und zeitnah) zu lösen. Dazu gehören auch Investitionen, etwa in eine Familien- und Jugendpolitik, die Teilhabechancen ermöglicht, Kinderarmut wirksam entgegenwirkt und dem Mangel an Fachkräften begegnet.

Ein längst überfälliger Schritt muss endlich getan werden: Wenn es uns ernst ist mit der Priorisierung von Kinder- und Jugendschutz, -förderung und -beteiligung, ist die bereits im Koalitionsvertrag der letzten Bundesregierung vereinbarte Aufnahme der Kinderrechte ins Grundgesetz dringend umzusetzen. ■

*Dr. Lea Kohlmeyer ist Germanistin und bei der Katholischen Landesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz NRW e.V. verantwortlich für die Redaktion der Zeitschrift **THEMA JUGEND** und den Arbeitsbereich Publikationen.*

¹ Die aktuelle Studie des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung in Zusammenarbeit mit der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung (DKJS) sowie der Wüstenrot Stiftung wertet Daten aus und ermittelt, wie Kinder und Jugendliche ihre Lebenssituation selbst bewerten; https://www.berlin-institut.org/fileadmin/Redaktion/Publikationen/Teilhabeatlas_Kinder_und_Jugendliche_online.pdf.

² Vgl. https://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/aktuelles/DE/2022/20220919_rechtsgutachten_alter.html.



Bundesvereinigung Lebenshilfe / Tadel verpflichtet! (Hrsg.)

Demokratie schützen – Gefährliche politische Ideen erkennen

Broschüre in Leichter Sprache

Die Bundesvereinigung Lebenshilfe und der Verein „Tadel Verpflichtet!“ haben eine Broschüre in Leichter Sprache herausgegeben, die Menschen hilft, Desinformation und antidemokratische Haltungen zu erkennen.

Die kostenfreie Broschüre mit dem Titel „Demokratie schützen – Gefährliche politische Ideen erkennen“ thematisiert Strategien rechtspopulistischer Bewegungen, die durch Desinformation und vereinfachte Lösungen demokratische Prozesse zu untergraben versuchen.

Auf zwölf Seiten wird erklärt, wie man rechtspopulistisches Gedankengut erkennt und im persönlichen Gespräch entlarven kann. Darüber hinaus bietet das Heft praktische Unterstützung, um Desinformation und hetzerische Narrative zu erkennen und aktiv dagegen vorzugehen. Sie stärkt die Leserinnen und Leser darin, Manipulation zu erkennen, und sich gegen Diskriminierung einzusetzen und ihre Rechte selbstbewusst zu verteidigen.

https://www.lebenshilfe.de/fileadmin/Redaktion/PDF/Shop/Buecher/Broschuere-Demokratie-schuetzen_LS.pdf



Medienprojekt Wuppertal

Cybergrooming

Filmreihe mit Kurzspielfilmen und Interviews

Unter Cybergrooming versteht man das gezielte Ansprechen von Minderjährigen im Internet für sexuelle Kontakte. Täter:innen bauen anonym oder mit falscher Identität im Netz ein Vertrauens- und Abhängigkeitsverhältnis auf, um sie zu manipulieren und zu sexuellen Handlungen im Netz oder in der analogen Welt zu bewegen.

Die Filme des Medienprojekts Wuppertal dienen als Opener für Gespräche mit Jugendlichen über ihre Erlebnisse von Grenzüberschreitungen und digitaler Gewalt im Netz, um ihre möglichen Scham- und Schuldgefühle zu reflektieren und zu minimieren. Sie sollen für Warnzeichen sensibilisieren, Gefahren von Cybersex zu erkennen, Abwehrstrategien zu entwickeln, kritische Medienkompetenz zu unterstützen und Hilfen kennenzulernen.

Im Kurzspielfilm „Hey Lina“ fühlt sich Lina von ihren Freund:innen ausgeschlossen. Als sie auf Snapchat einen Jungen kennenlernt, ahnt sie zunächst nicht, dass sich hinter dem jugendlichen Profil ein erwachsener Mann verbirgt, der sie manipuliert. Lina ignoriert alle Alarmzeichen; als der Täter sich als „älter“ outet und sich mit ihr treffen möchte, geht sie darauf ein.

Die Interviews mit dem Titel „Kein Spaß“ mit Schüler:innen thematisieren Cybergrooming und andere Formen sexualisierter Grenzüberschreitungen und Gewalt im Netz. Fast alle Schüler:innen haben negative Erfahrungen mit fremden Personen im Netz gemacht und erzählen, was sie dabei gefühlt haben, wie sie sich in den jeweiligen Situationen verhalten haben und was nun

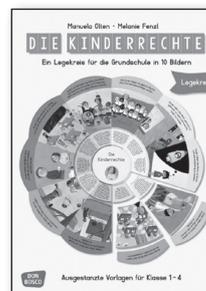
ihre Strategien sind, sich vor ungewollten Kontaktaufnahmen zu schützen.

Zwei Frauen berichten im Film „Damals fühlte sich das nicht falsch an“ über ihre Erlebnisse mit Cybergrooming. Beide lernten die Täter nach der virtuellen Kontaktaufnahme persönlich kennen. Während es bei der einen Frau bei einem einmaligen Treffen bleibt, entwickelt sich bei der anderen eine toxische Beziehung mit psychischer wie physischer sexualisierter Gewalt. Beide beschreiben ihre Gefühle aus den Situationen, und warum es so schwer war, mit Bezugspersonen darüber zu reden.

Im Expert:inneninterview spricht Patricia Bennertz (Jugendförderung Solingen) über die Gefahren und den Umgang mit Cybergrooming und anderer sexualisierter Gewalt in Sozialen Netzwerken und Onlinegames. Thematisiert werden unter anderem die verschiedenen Arten der Kontaktaufnahme durch die Täter:innen, warum Kinder und Jugendliche besonders gefährdet sind und wie sie sich Hilfe holen bzw. sich schützen können.

Im Expert:inneninterview mit Madlen Bocklet und Nicole Nemitz-Voß (Fachberatungsstelle bei sexualisierter Gewalt gegen Kinder und Jugendliche FABS) geht es um die Definition von sexualisierter Gewalt, die verschiedenen Mechanismen, wie „nicht darüber reden können“ und „sich (mit-)schuldig fühlen“, und den Umgang mit betroffenen Kindern und Jugendlichen.

2024, 100 Minuten, Freigegeben ab 0 Jahren, DVD-Kauf 32 Euro, Ausleihe 12 Euro, Download 25 Euro, Stream 9 Euro, Infos zu Lizenzarten unter <https://www.medienprojekt-wuppertal.de/cybergrooming-eine-filmreihe-mit-kurzspielfilmen-und-interviewfilmen>



Manuela Olten / Melanie Fenzl

Die Kinderrechte

Legekreis für Kinder im Grundschulalter

Globalisierung und Weltkrisen reichen bis in die Lebenswelt unserer Kinder hinein. Umso wichtiger ist es, ihnen früh zu zeigen, welche Formen der Partizipation es gibt und wie sie sich für Gerechtigkeit einsetzen können. Mit den vielfältigen Elementen des bunten Legekreises können schon Grundschul Kinder die UN-Kinderrechte spielerisch entdecken und verstehen.

Kinder haben das Recht, zu lernen. Kinder haben das Recht, gesund und geborgen zu leben. All diese Ansprüche finden sich in der Kinderrechtskonvention wieder. Das Legematerial zeigt und erläutert die zentralen Bestimmungen: Zu jedem der 10 wichtigsten Kinderrechte gibt es eine gestaltete Bildkarte und ein Beispiel, das den Inhalt verdeutlicht.

Das Set lässt sich sowohl im Kinderparlament, im Sachunterricht als auch in den Fächern Ethik und Religion einsetzen. Es lädt ein zur dynamischen Stationenarbeit und zur eigenverantwortlichen Freiarbeit.

10 Bilder in 32 Elementen mit Anleitungsheft, 18,- Euro, Don Bosco, München 2024.



Deutsche Kinder- und Jugendstiftung (Hrsg.)

Was macht gute Demokratiebildung aus?

Ein Reflexionsheft mit Impulsen, Praxistipps, Medienhinweisen und Teamübungen für die Umsetzung von Demokratieprojekten

Kinder und Jugendliche wollen und können Demokratie aktiv mitgestalten. Dabei können sie gestärkt werden: mit Projekten, die attraktive Freiräume, wertschätzende Lerngelegenheiten und geeignete Rahmenbedingungen für Demokratiebildung schaffen.

Kooperationen zwischen Schulen und außerschulischen Partner:innen verbinden das Erfahrbarmachen von Demokratie mit dem Vermitteln von Wissen und Kompetenzen zu Demokratie. Hierfür bringen Schulen und außerschulische Partner:innen ihre jeweiligen Stärken mit. Ihre Zusammenarbeit stärkt die Wirksamkeit der Demokratiebildung, die zentrale Reflexion und Beteiligungsprozesse.

Das Reflexionsheft der Deutsche Kinder- und Jugendstiftung (DKJS) enthält Impulse für Demokratiebildung, viele Fragen, die den Blick weiten und zeigt neue Tipps auf.

<https://www.dkjs.de/wp-content/uploads/2024/05/reflexionsheft.pdf>



Theresa Bodner

In mir drin ist's bunt

Kinderbuch über Ausdrucksmöglichkeiten für Gefühle

Es brodelt im Bauch, es drückt in der Brust, es brennt in den Augen. Oft ist es schwer, bestimmte Gefühle als solche erkennen und definieren zu können – gerade als Kind. Diese dann auch noch in

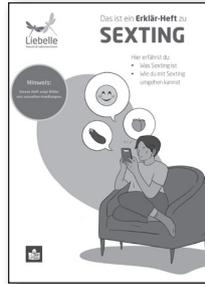
Worte zu fassen, eine Sprache dafür zu finden, erklären zu können, wie es gerade in einem aussieht, umso mehr.

Die Künstlerin Theresa Bodner präsentiert mit ihrem Buch eine Schatzkiste voller Ausdrucksmöglichkeiten für Emotionen. Sie widmet sich dabei speziell den entsprechenden wörtlichen Ausdrücken. Denn die deutsche Sprache ist bekanntlich variantenreich und nuanciert und genau darin liegt die Besonderheit in diesem Bilderbuch.

Pro Doppelseite und Gefühl werden mehrere Adjektive präsentiert, alle fast synonym, aber dann doch in der Feinheit ein bisschen unterschiedlich. Was bedeutet was genau und wann fühle ich mich wie? Ergänzt werden diese Wörter zusätzlich durch kleine Redewendungen und kurze Sätze. Beim gemeinsamen Vorlesen werden Erwachsene und Kinder auch dazu inspiriert, eigene Worte zu finden.

Aus Karton in kräftigen Farben collagiert und professionell abfotografiert sitzen Vögel auf jeder Seite, manchmal aufgereggt flatternd, zuweilen sich ängstlich duckend oder auch entspannt auf Wellen schaukelnd. Geeignet ist das Buch für Kinder im Alter zwischen vier und sechs Jahren.

26 Seiten, 14,95 Euro, ISBN: 978-3702238711, Tyrolia, Innsbruck/Wien, 2020.



Liebelle (Hrsg.)

Erklär-Hefte zu „Sexting“ und „Pornos“ in Leichter Sprache

Informationen für Jugendliche und junge Erwachsene

Die Liebelle ist eine Beratungsstelle für selbstbestimmte Sexualität von Menschen mit Lernschwierigkeiten mit Sitz in Mainz. Die Mitarbeitenden bieten individuelle sexualpädagogische Beratung und Bildungsangebote an.

Mit der Vermittlung eines positiven Zugangs zu Liebe, Partnerschaft und Sexualität möchte die Liebelle Menschen mit Lernschwierigkeiten darin unterstützen, ihr Recht auf sexuelle Selbstbestimmung wahrzunehmen. Die Angebote bieten Raum für die Auseinandersetzung mit der eigenen Sexualität, mit Wünschen, Ängsten und Grenzen. Auch die Prävention sexualisierter Gewalt ist ein wichtiger Bestandteil hiervon.

Die Handreichungen in Leichter Sprache zu den Themen „Sexting“ und „Pornografie“ richten sich in erster Linie an Menschen mit Lernschwierigkeiten. Entwickelt wurden die Materialien vom sexualpädagogischen Team der Liebelle.

Vorerfahrungen mit den Themen „Sexting“ oder „Pornografie“ sind hilfreich, aber keine Voraussetzung für die Nutzung der Hefte. Die Handreichungen können selbstständig gelesen oder gemeinsam mit einer Unterstützungsperson angeschaut und umfangreich besprochen werden.

<https://liebelle-mainz.de/files/downloads/broschure-sexting-web-einseite.pdf>

<https://liebelle-mainz.de/files/allgemeine-grafiken/handreichung-pornografie-web.pdf>



Dagmar Pauli

Die anderen Geschlechter

Nicht-Binarität und ganztrans* normale Sachen

Die aktuelle Debatte über die Rechte von trans Menschen wird polemisch geführt und geht an den eigentlichen Fragen vorbei: Wie können wir Menschen mit diversen Geschlechtern und Geschlechtsidentitäten ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen? Wie können wir junge Menschen sorgfältig auf dem Weg begleiten, ihre eigene Identität zu finden und zu leben? Was ist überhaupt das Geschlecht und wie wird es definiert? Und was ist Nicht-Binarität – gibt es das nur in einer binären Welt? Können Menschen selbst über ihr Geschlecht entscheiden? Und wenn ja, ab welchem Alter?

Das Buch greift diese Fragen auf und sucht zusammen mit jungen und diversen Menschen nach Antworten. Es ist ein Buch, das der jungen Generation eine Stimme geben und der älteren Generation helfen soll, diese anzuhören – ein Beispiel für den notwendigen Dialog, der Veränderungen möglich macht.

288 Seiten, 18,- Euro, ISBN: 978-3406826795, C. H. Beck, 3., aktual. Aufl. München 2024.



Landesarbeitsgemeinschaft
Katholische Jugendsozialarbeit
Nordrhein-Westfalen e.V. (Hrsg.)

Bildung in NRW 2024

**Bildungsmonitor zeigt, was
Bildungschancen beeinflusst**

Bildung ist der Schlüssel zu gesellschaftlicher Teilhabe und einem selbstbestimmten Leben. Doch nicht alle jungen Menschen haben die gleichen Chancen auf eine erfolgreiche Bildungsbiografie. Besonders junge Menschen aus prekären Lebenslagen stoßen vielfach auf gesellschaftlich bedingte Hürden, die sie allein kaum bewältigen können. Die katholische Jugendsozialarbeit in NRW setzt sich dafür ein, diesen jungen Menschen Perspektiven zu eröffnen und ihnen bestmögliche Unterstützung zu bieten.

Die 17-seitige Analyse „Bildung in NRW 2024“ zu Bildungschancen junger Menschen wurde von der Landesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit Nordrhein-Westfalen e.V. (LAG KJS NRW) herausgegeben. Der Bildungsmonitor 2024 wirft anhand aktueller Zahlen einen detaillierten Blick auf die Faktoren, die Bildungswege junger Menschen in NRW beeinflussen.

Dabei werden Aspekte wie z. B. der sozioökonomische Hintergrund, der Aufenthaltsstatus, das Wohnumfeld, psychische Gesundheit und außerschulische Bildungsangebote berücksichtigt. Die Zahlen und Analysen belegen, dass Bildungserfolg stark vom sozialen Umfeld und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen abhängt. Dabei wirken bestimmte Herausforderungen nicht additiv, sondern führen zu komplexen, sich gegenseitig verstärkenden Ausschlussmechanismen und Benachteiligungslagen, die weitreichende Folgen für Bildung, gesellschaftliche Teilhabe und persönliche Entwicklung haben.

Um wirksam entgegenzusteuern, sind vor allem Maßnahmen erfolgreich, die stets mehrere Ebenen der Benachteiligung berücksichtigen und strukturelle Ungleichheiten gezielt abbauen.

[https://www.jugendsozialarbeit.info/JSA/lagkjsnrw/web.nsf/gfx/med_isot-ddlgkm_434a7/\\$file/Bildungsmonitor2024.pdf](https://www.jugendsozialarbeit.info/JSA/lagkjsnrw/web.nsf/gfx/med_isot-ddlgkm_434a7/$file/Bildungsmonitor2024.pdf)



Einrichtung einer Professur für Kinderschutz und -rechte

Hochschule Düsseldorf als Standort

Der Standort für die Professur für Kinderschutz und Kinderrechte in Nordrhein-Westfalen steht fest: Die Entscheidung ist im Februar auf die Hochschule Düsseldorf gefallen. Vorangegangen war ein Interessenbekundungsverfahren mit zwei Verfahrensstufen, bei dem ein Begutachtungsgremium mit externen Expertinnen und Experten mitwirkte. Kriterien zur Bewertung waren z. B. die sozialpädagogische Expertise, Lehrkonzepte, die interdisziplinäre Ausrichtung, die Forschungsperspektive sowie Transfer und Nachwuchsförderung.

Insgesamt haben an dem Interessenbekundungsverfahren sechs Hochschulen für Angewandte Wissenschaften des Landes Nordrhein-Westfalen teilgenommen.

Die Hochschule Düsseldorf hat dabei mit ihrem Gesamtkonzept überzeugt, Forschung und Lehre sowie den wissenschaftlichen Austausch in den Bereichen Kinderschutz und Kinderrechte zu stärken, den Austausch über Kinderschutzthemen in relevanten Studiengängen anzustoßen und den fachöffentlichen und anwendungsbezogenen Transfer in die Fachpraxis und die Breite der Gesellschaft zu ermöglichen.

Die Aufdeckung der vielen Fälle von sexualisierter Gewalt gegen Minderjährige in den vergangenen Jahren unterstreicht, wie wichtig es ist, Wissen über konkrete Gefährdungssituationen und einen professionellen Umgang damit zu vermitteln.

Kinder- und Jugendministerin Josefine Paul fasst zusammen: „Die Einrichtung der neuen Professur ist ein weiterer, bedeutender Meilenstein zur Stärkung des Kinderschutzes und der Kinderrechte in Nordrhein-Westfalen. An der Hochschule Düsseldorf wird die Vermittlung von Wissen und Aufklärung für einen wirksamen und nachhaltigen Kinderschutz jetzt in der pädagogischen Lehre fest verankert. Ich bin überzeugt, dass dadurch ein noch besserer Austausch von Theorie und Praxis gelingt. Das ist deshalb so wichtig, weil gut ausgebildete Fachkräfte zentral für einen wirksamen und nachhaltigen Kinderschutz sind.“

Die Präsidentin der Hochschule, Prof. Dr. Edeltraud Vomberg, sagt hierzu: „Wir freuen uns sehr, dass die Entscheidung für unsere Hochschule ausgefallen ist. An unserem Fachbereich Sozial- und Kulturwissenschaften haben wir mit den Studiengängen ‚Sozialarbeit / Sozialpädagogik‘ und ‚Kindheitspädagogik und Familienbildung‘ bereits seit langem eine ausgewiesene Expertise in diesem Bereich [...]“

Die Professur soll möglichst schnell starten. Die Hochschule Düsseldorf wird die weitere Ausgestaltung und das Berufungsverfahren für die personelle Besetzung vornehmen. Die neue Professur wird auch Promotionen im Bereich Kinderschutz und Kinderrechte ermöglichen.



UNICEF Deutschland

Eine Politik für jedes Kind, eine Politik mit Zukunft

Empfehlungen für den 21. Deutschen Bundestag

Im Januar hat UNICEF Deutschland ein Positionspapier, das der neuen Bundesregierung – nach der Bundestagswahl am 23. Februar – und dem 21. Deutschen Bundestag empfiehlt, gerade in den wirtschaftlich und politisch herausfordernden Zeiten stärker in das Wohlergehen und die Chancen von Kindern und Jugendlichen in Deutschland und weltweit zu investieren.

Das 13-seitige Papier gibt hierfür konkrete politische Vorschläge für zentrale Politikbereiche, insbesondere die humanitäre Hilfe, Entwicklungszusammenarbeit, Wirtschaft und Menschenrechte, Klimapolitik, Kinderschutz, mentale Gesundheit und die Rechte besonders benachteiligter Gruppen wie geflüchteter und von Armut betroffener Kinder.

Das 13-seitige Papier gibt hierfür konkrete politische Vorschläge für zentrale Politikbereiche, insbesondere die humanitäre Hilfe, Entwicklungszusammenarbeit, Wirtschaft und Menschenrechte, Klimapolitik, Kinderschutz, mentale Gesundheit und die Rechte besonders benachteiligter Gruppen wie geflüchteter und von Armut betroffener Kinder.

<https://www.unicef.de/informieren/materialien/empfehlungen-unicef-deutschland-bundestagswahl/369572>



Bistum Münster / BDKJ / Caritas

Mensch NRW! Lebe Freiheit Kampagne zur Demokratieförderung

Demokratie ist kein Geschenk, sondern eine Aufgabe. Sie lebt von Menschen, die die Demokratie verteidigen, sich einbringen und für eine gerechte und

offene Gesellschaft eintreten. Demokratie ermöglicht es, selbstbestimmt in Freiheit, Frieden, Wohlstand und Vielfalt zu leben – in Privileg, das auf der Welt längst nicht selbstverständlich ist.

Das Bistum Münster, der Diözesancaritasverband Münster und der Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) im Bistum Münster haben am 15. Januar in Münster eine Kampagne gestartet, mit der die Demokratie in Deutschland gestärkt werden soll. Bis zu den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen am 14. September 2025 soll das Bewusstsein dafür gestärkt werden, „dass wir alle gefordert sind, uns für den Fortbestand unserer Demokratie einzusetzen“, wie Münsters Bischof Dr. Felix Genn betonte. Zu den Beteiligten an der Kampagne gehören Kirchengemeinden, katholische Verbände und Einrichtungen im Bistum Münster, die DKM Darlehenskasse Münster sowie alle Diözesancaritasverbände in Nordrhein-Westfalen. Die Kampagne ist zudem offen für Akteure anderer Kirchen und aus dem nichtkirchlichen Bereich. In Münster sind etwa bereits der Bürgerausschuss Münsterscher Karneval sowie Händlerinnen und Händler bei der Kampagne dabei.

Die Kampagne möchte Demokratie fördern und dafür sensibilisieren, dass es auf jeden Einzelnen und jede Einzelne ankommt. In den Blick genommen werden besonders junge Menschen, die bei den zurückliegenden Wahlen zum ersten Mal ihre Stimme abgeben durften oder dies im Jahr 2025 erstmals dürfen. Die Kampagne möchten Menschen zusammenbringen, Räume schaffen für Austausch und Materialien an die Hand geben, um aktiv mitzugestalten. Denn die Demokratie steht unter Druck: Desinformation, Gleichgültigkeit und autoritäre Tendenzen gefährden unsere Freiheit und unsere Werte.

Die Kampagne setzt sich für Nächstenliebe, Vielfalt und Toleranz ein und bezieht klar Position gegen populistische und extreme Tendenzen, die die Demokratie bedrohen.

Gemeinsam wollen die Mitwirkenden dafür sorgen, dass Freiheit, Vielfalt, Gerechtigkeit und Mitbestimmung die Grundpfeiler unserer Gesellschaft bleiben.

<https://lebefreiheit.de/>



Bundesministerium für Gesundheit

Informationskampagne zu Long COVID

Unterstützung für betroffene Kinder und Jugendliche

Für einen Großteil der Menschen ist die Krankheit COVID-19 in den Hintergrund getreten. Andere kämpfen weiterhin mit den Spätfolgen der Erkrankung: Sie leiden unter Long COVID. Eine besonders vulnerable Gruppe von Betroffenen sind Kinder und Jugendliche.

Long COVID bei Kindern und Jugendlichen ist für Medizin und Wissenschaft sowie für unsere Gesellschaft eine große Herausforderung. Das Krankheitsbild ist noch neu und schwer zu diagnos-

tizieren, die Symptome sind vielfältig. Die Krankheit kann Auswirkungen auf die Lern- und Entwicklungsfähigkeit von betroffenen Heranwachsenden haben und somit den Schulalltag erheblich beeinflussen. Es gilt, wirksame Strategien zu entwickeln, um betroffenen Kindern und Jugendlichen eine angemessene Teilhabe zu ermöglichen und sie trotz der Symptome bestmöglich in das Alltagsgeschehen zu integrieren.

Das Bundesministerium für Gesundheit hat bereits 2023 die Initiative Long COVID ins Leben gerufen. In diesem Rahmen sollen u. a. pädagogische und soziale Fachkräfte über das Krankheitsbild Long COVID bei Kindern und Jugendlichen und über mögliche Unterstützungsangebote informiert werden (<https://www.bmg-longcovid.de/infobox/wissenswertes-zu-long-covid-bei-kindern-und-jugendlichen>).

Die Initiative möchte auch einen Beitrag für ein besseres Verständnis rund um das Krankheitsbild und das Leiden der (jungen) Betroffenen leisten. In einer digitalen Toolbox finden sich dafür kostenlose Informationsmaterialien zum Herunterladen, die auf die Informationsbedürfnisse von pädagogischen und sozialen Fachkräften zugeschnitten sind.

<https://www.bmg-longcovid.de/hilfreiche-links/toolbox-fuer-paedagogische-und-soziale-fachkraefte-long-covid-bei-kindern-und-jugendlichen>



Deutsches Kinderhilfswerk e.V. /
Campact e.V. (Hrsg.)

Kindeswohlgefährdung durch kommerzielle Veröffentlichung von Kinderfotos und -videos im Internet

Rechtsgutachten

Ob vermeintlich niedliches Schlafen, beim Essen, mitfühlendes Leiden bei Fieber oder die neue coole Hose: Das Posten von Kinderfotos auf kommerziellen Social Media-Kanälen kann die abgebildeten Kinder ernsthaft gefährden. Das erste Mal sprechen Jurist*innen in diesem Zusammenhang jetzt vom Tatbestand der Kindeswohlgefährdung.

Influencer*innen, die Bilder oder Videos ihrer Kinder auf Social-Media-Plattformen veröffentlichen, bewegen sich häufig im Bereich der Kindeswohlgefährdung. Das belegt ein Rechtsgutachten im Auftrag von Campact und des Deutschen Kinderhilfswerkes. Der Gesetzgeber muss deshalb die kommerzielle Veröffentlichung von Kinderfotos und Kindervideos im Internet bis zum vollendeten siebten Lebensjahr eines Kindes uneingeschränkt verbieten. Erst danach sollte die Veröffentlichung überhaupt möglich sein – mit der Einwilligung der abgebildeten Kinder. Angesichts der wirtschaftlichen Eigeninteressen der Eltern können Gerichte in Einzelfällen Ergänzungspfleger zur Vertretung der Kinder bestimmen.

Nach Ansicht der Gutachter*innen Jörn Claßen, Lea Schwob und Richard Kindling braucht es ein altersabgestuftes Schutzkonzept. Zwar gibt es bereits Gesetze zum Kinderschutz, doch im Fall von „Family-Influencing“ greifen sie nur unzureichend. Darum muss der Schutz der „digitalen Persönlichkeit des Kindes“ – wie die Autor*innen es nennen – konkretisiert und anwendbar gemacht

werden. Zudem sollten die Jugendämter sowie die Landesmedienanstalten in die Überwachung der Vorgaben eingebunden werden.

Campact ist eine Kampagnen-Organisation, mit der über 3 Millionen Menschen entschlossen für progressive Politik eintreten und die Demokratie verteidigen. Der Verein schmiedet breite Bündnisse und mobilisiert für ökosozialen Fortschritt. Campact finanziert sich durch Spenden von und handelt unabhängig von Parteipolitik und Wirtschaftsinteressen.

Das Deutsche Kinderhilfswerk e.V. setzt sich seit mehr als 50 Jahren für die Rechte von Kindern in Deutschland ein. Die Überwindung von Kinderarmut und die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an allen sie betreffenden Angelegenheiten stehen im Mittelpunkt der Arbeit als Kinderrechtsorganisation. Der gemeinnützige Verein finanziert sich überwiegend aus privaten Spenden, er initiiert und unterstützt Maßnahmen und Projekte, die die Teilhabe von Kindern und Jugendlichen, unabhängig von deren Herkunft oder Aufenthaltsstatus, fördern. Die politische Lobbyarbeit wirkt auf die vollständige Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention in Deutschland hin.

https://www.dkhw.de/filestorage/1_Informieren/1.1_Unsere_Themen/Kinder_und_Medien/Kinderfotos_im_Netz/Dateien/DKHW_Campact-Studie-Kindeswohlgefaehrung_2024.pdf



Robert Bosch Stiftung

Deutsches Schulbarometer 2024

Befragungen von Kindern, Jugendlichen und Lehrkräften

Das Deutsche Schulbarometer ist eine repräsentative Umfrage an allgemein- und berufsbildenden Schulen in Deutschland. Das Deutsche Schulbarometer ermöglicht es, frühzeitig Entwicklungen zu beschreiben, indem Beobachtungen und Einschätzungen von Personen erfasst und untersucht werden, die Schulen täglich mitgestalten und erleben. Aktuelle Herausforderungen und Bedarfe können so erkannt und daraus Empfehlungen für Entscheidungsträger:innen im Bildungssystem abgeleitet werden.

Das Deutsche Schulbarometer wurde in 2024 umfassend weiterentwickelt und besteht aus drei Befragungsinstrumenten: Mit dem Deutschen Schulbarometer Lehrkräfte erheben die Robert Bosch Stiftung die aktuelle Situation an Schulen aus der Sicht von Lehrkräften. Im Deutschen Schulbarometer Schüler:innen werden Kinder, Jugendliche und ihre Erziehungsberechtigten zum psychischen und schulischen Wohlbefinden von Schüler:innen sowie zu psychosozialen Versorgungsstrukturen inner- und außerhalb von Schulen befragt. Beide Befragungen werden ab 2024 jährlich und mit den gleichen Befragten untersucht (längsschnittliche Panelerhebung). Ergänzt werden diese beiden Erhebungen durch das Deutsche Schulbarometer Fokus. Mit diesem Befragungsinstrument werden aktuelle Schwerpunktthemen vertiefend untersucht.

<https://www.bosch-stiftung.de/de/projekt/das-deutsche-schulbarometer>



Bertelsmann Stiftung (Hrsg.)

Factsheet Alleinerziehende in Deutschland

Vier von zehn alleinerziehenden Familien in Deutschland sind armutsgefährdet. An der prekären Situation hat sich in den vergangenen Jahren trotz punktueller Erleichterungen kaum etwas geändert. Dabei gehen die meisten der alleinerziehenden Eltern einer Erwerbstätigkeit nach.

Das 28-seitige Factsheet wurde im Auftrag der Bertelsmann Stiftung von Antje Funcke und Sarah Menne erstellt. Die 2024 erschienene Publikation gibt anhand von Daten und zahlreichen Grafiken einen Überblick über die Lebenssituation alleinerziehender Familien in Deutschland. Insgesamt 1,7 Millionen alleinerziehende Familien mit minderjährigen Kindern leben aktuell in Deutschland. Das entspricht jeder fünften Familie. Wie es zum Alleinerziehen kommt und welche Betreuungsmodelle in den Familien gelebt werden, zeigt das Factsheet.

Die Veröffentlichung gibt auch Einblicke in die Aufteilung von Erwerbs- und Care-Arbeit alleinerziehender Mütter und Väter. Ein Schwerpunkt der Analyse liegt bei der Betrachtung der finanziellen Situation alleinerziehender Familien sowie ihrer Armutsbetroffenheit.

Abschließend werden Reformvorschläge skizziert, die Armut von Alleinerziehenden reduzieren und sie bei der Bewältigung ihres herausfordernden Alltags unterstützen könnten.

https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/user_upload/Factsheet_Alleinerziehende_2024.pdf



Bertelsmann Stiftung / Deutsche Kinder- und Jugendstiftung (Hrsg.)

Jugendliche im Übergangssektor

Eine Befragung von Fachkräften

Was sind die größten Hürden von jungen Menschen, denen der direkte Übergang von der Schule in eine Ausbildung nicht gelingt? Brauchen die Jugendlichen wirklich diese Maßnahmen oder fehlt es vor allem an geeigneten Ausbildungsmöglichkeiten? Und wie schauen Fachkräfte im Übergangssektor auf ihre Arbeit, die Jugendlichen und notwendige Veränderungen?

Um Antworten auf diese Fragen zu finden, hat das Sozialforschungsinstitut involas im Auftrag der Bertelsmann Stiftung und der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung im Oktober und November 2024 eine bundesweite Onlinebefragung von Fachkräften im Übergangssektor durchgeführt. Befragt wurden über 1.500 Fachkräfte bei Bildungsträgern, an beruflichen Schulen, in Arbeitsverwaltungen, Jobcentern und anderen Institutionen des Übergangssektors. Ziel war es, im Diskurs über gelingende Übergänge denjenigen „eine Stimme“ zu geben, die unmittelbar mit den jungen Menschen arbeiten und in Kontakt sind.

https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BST/Publikationen/GrauePublikationen/2025_Uebergangsbefragung.pdf



initiativeKJP

Kampagne „Deutschland hat `nen Plan“

Informationen zur Sichtbarmachung der Kinder- und Jugendhilfe

Der Kinder- und Jugendplan des Bundes (KJP) ist das zentrale Förderinstrument der Bundesregierung, um ihrer Verpflichtung zur Anregung und Förderung der Kinder- und Jugendhilfe nachzukommen. Mit dem KJP geben wir jungen Menschen das Recht auf Bildung und Erziehung, Beteiligung, Förderung und Schutz und bereiten den Weg für eine kinder- und jugendgerechte Gesellschaft der Zukunft.

Die Kinder- und Jugendhilfe fördert Kinder und Jugendliche in ihrer Entwicklung und hilft jungen Erwachsenen in besonders schwierigen Situationen. Sie deckt in Deutschland eine europaweit einmalige Breite von Aufgaben ab. Eine funktionierende Infrastruktur ist wichtig, um Anliegen junger Menschen hör- und sichtbar zu machen, überregionale Angebote zu gestalten und eine bundesweit einheitliche Qualität und Versorgung in allen Bereichen der Kinder- und Jugendhilfe zu gewährleisten.

Durch den KJP werden Projekte und eine sogenannte „bundeszentrale Infrastruktur“ gefördert. Das bedeutet: Bundesverbände und Fachorganisationen der Kinder- und Jugendhilfe, die das zivilgesellschaftliche Gegenüber für die Kinder-, Jugend- und Familienpolitik der Bundesregierung darstellen.

Sie arbeiten beratend, impulsgebend, forschend, netzwerkend, schreibend und sind damit zentrale Ansprechpartner*innen, wenn es um eine wirksame Kinder- und Jugendpolitik geht.

Die initiativeKJP fordert eine „bedarfsgerechte, dynamisierte Ausstattung“ des Kinder- und Jugendplans. Das bedeutet: eine langfristig gesicherte und mit den Kostenentwicklungen mitwachsende Finanzierung der bundeszentralen Infrastruktur. Denn das ermöglicht eine langfristige Planungssicherheit, die für die gemeinsame Umsetzung des KJP mit dem Bundesjugendministerium notwendig ist. In den fach- und förderpolitischen Diskursen mit dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) wird eine bedarfsgerechte Ausstattung des KJP momentan auf 300 Mio. Euro beziffert. Die Initiative fordert, dass diese Summe im Rahmen einer einmaligen oder mehrstufigen Erhöhung im Bundeshaushalt umgesetzt wird.

Die initiativeKJP wurde 2023 vor dem Hintergrund drohender Kürzungen des Kinder- und Jugendplans des Bundes ins Leben gerufen. Ihr Ziel ist es, dieses zentrale Förderinstrument der Kinder- und Jugendhilfe auf Bundesebene langfristig und nachhaltig zu stärken. In der initiativeKJP sind sieben bundeszentrale Verbände zusammengeschlossen, die über den KJP gefördert werden: die Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ, der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e.V. (AdB), die Bundesarbeitsgemeinschaft Offene Kinder- und Jugendarbeit (BAG OKJA), die Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung (BKJ), der Deutsche Bundesjugendring (DBJR), die Deutsche

Sportjugend (dsj) im Deutschen Olympischen Sportbund und die Gemeinsame Initiative der Träger politischer Jugendbildung (GEMINI).

Die Kampagne „Deutschland hat `nen Plan“ macht mit einem Film und Informationen darauf aufmerksam, wie wichtig eine verlässliche und zukunftsfähige Infrastruktur für Heranwachsende ist: Der Kinder- und Jugendplan stellt das zentrale Förderinstrument für Jugendarbeit in Deutschland dar. Die erfolgreiche Umsetzung des KJP sorgt für Unterstützung und Stärkung junger Menschen und fördert Chancengerechtigkeit.

<https://deutschlandhatnenplan.de/>



Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung

App „KonterBUNT“

Einschreiten für Demokratie

Viele Menschen verspüren das Bedürfnis, gegen Pauschalisierungen, Vorurteile und menschenverachtende Aussagen einzuschreiten. Wenn sie gegen derartige Äußerungen, auch Stammtischparolen genannt, das Wort ergreifen, engagieren sie sich für ein demokratisches Miteinander. Nicht wenigen verschlägt es allerdings die Sprache, wenn sie plötzlich mit solchen Parolen konfrontiert sind. Um diese Menschen zu ermutigen und zu unterstützen – sie sprech- und handlungsfähig zu machen –, hat sich in der politischen Bildung die Methode des Argumentationstrainings bewährt.

In einem solchen Training werden die Teilnehmer_innen mit der Funktionsweise von Vorurteilen, Stammtischparolen und Argumentationsstrategien vertraut gemacht. Ein solches Argumentationstraining umfasst meist mehrere Stunden bis mehrere Tage.

Um die zentralen Inhalte eines Argumentationstrainings möglichst vielen Menschen zugänglich zu machen, hat sich die Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung für die Entwicklung einer App zum Umgang mit Parolen entschieden: Die App KonterBUNT wurde in Kooperation mit der Landeszentrale für politische Bildung des Landes Sachsen-Anhalt entwickelt.

Das Smartphone ist für viele Menschen zu einem alltäglichen Begleiter geworden und hat sich zu einer wichtigen Informationsquelle entwickelt. Das trifft, wie aktuelle Studien eindrücklich belegen, nicht nur auf Jugendliche und junge Erwachsene zu – auch ältere Generationen nutzen das Smartphone zur Informationsbeschaffung und Unterhaltung. Mit der App KonterBUNT können sich interessierte Menschen ortsunabhängig mit beispielhaften Parolen, möglichen Antworten und Strategiehinweisen auseinandersetzen und das Kontern in einem Minispiel erproben.

KonterBUNT ist für alle gedacht, die sich auf ein mögliches Einschreiten gegen Stammtischparolen vorbereiten möchten. Die App kann von Einzelpersonen oder Gruppen, z. B. Schulklassen, verwendet werden, um sich mit Stammtischparolen, dem Umgang damit und dem zugrundeliegenden Phänomen „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ auseinanderzusetzen. Die Nutzung ist kostenfrei und in den jeweiligen App-Versionen auch offline möglich.

<https://konterbunt.de/>



Europäisches Recht im Netz zum Schutz von Frauen und Mädchen durchsetzen

Nutzer*innen vor antifeministischen Inhalten schützen

Anlässlich des diesjährigen Safer Internet Day (SID) am 11. Februar forderte der Deutsche Juristinnenbund e.V. (djB) eine stärkere Regulierung der Social-Media-Anbieter*innen und die konsequente Durchsetzung der EU-Daten- und Digitalgesetze.

„Die Förderung der Medienkompetenz von Kindern und Jugendlichen ist dringend notwendig, aber nicht ausreichend. Social-Media-Anbieter*innen sowie Betreiber*innen von Onlineplattformen müssen für das rechtswidrige Ausspielen jugendgefährdender und antifeministischer Inhalte spürbar zur Verantwortung gezogen werden“, erläutert Ursula Matthiessen-Kreuder, Präsidentin des djB.

In Europa und auch in Deutschland mehren sich Einzelpersonen und Personengruppen, die den Feminismus zum Feindbild erklären. Zu dieser gesellschaftlichen Stimmung tragen Social-Media-Anbieter*innen sowie Betreiber*innen von Onlineplattformen mit gezielter werblicher (Online)-Ansprache bei. Der Alltag von Mädchen und Frauen in den sozialen Netzwerken ist geprägt von Beschimpfungen, Drohungen, sexueller Belästigung und der Angst vor Demütigungen. Das Internet ist kein rechtsfreier Raum, so der djB, sondern muss für alle Generationen und Geschlechter ein sicherer Ort sein.



Der Paritätische Gesamtverband / SUANA kargah e.V. (Hrsg.)

Booklet „Rechte für ALLE Frauen“

Informationen in acht Sprachen

SUANA kargah e.V. – Beratungsstelle für Migrantinnen bei häuslicher Gewalt, Stalking und Zwangsheirat – hat gemeinsam mit dem Paritätischen Gesamtverband das Booklet „Rechte für ALLE Frauen“ herausgegeben, das über grundlegende Rechte und die Selbstbestimmung von Mädchen und Frauen informiert.

Die Broschüre informiert bildhaft über grundlegende Rechte von Mädchen und Frauen. Sie wurde zweisprachig in **Deutsch** und mehreren Sprachen erstellt (**Arabisch, Englisch, Farsi, Französisch, Kurdisch, Türkisch, Russisch, Tigrinya**). Aufgrund der großen Nachfrage erschien das Booklet 2022 auf Ukrainisch und ist seit Januar 2025 auch in den Sprachen **Rumänisch** und **Serbisch** verfügbar.

Die Broschüre kommt bundesweit in der Flüchtlings-, Migrations- und Integrationsarbeit zum Einsatz. Sie kann die Arbeit und Angebote in Geflüchtetenunterkünften sowie anderen Einrichtungen, wie z. B. der Jugend-, Mädchen- und Frauenunterstützungsarbeit, ergänzen. Geeignet ist das Booklet auch für die Arbeit in Sprach- oder Integrationskursen sowie als Informations- und Öffentlichkeitsmaterial.

<https://www.der-paritaetische.de/alle-meldungen/rechte-fuer-alle-frauen/>

IN EIGENER SACHE

NEUES AUS DER GESCHÄFTSSTELLE UND DEM VORSTAND

Abschied aus der Geschäftsstelle



Ende April haben wir unsere Kollegin **Gundis Jansen-Garz** verabschiedet. Als Elternzeitvertretung war sie bis 2021 ein Jahr lang im Arbeitsbereich Publikationen tätig, im Anschluss war sie vier Jahre lang als Referentin für das Projekt „Kinderschutzparcours für den ländlichen Raum – Held*innentraining mit Finn und Emma“ verantwortlich. Durch die Schulung von Fachkräften, die Durchführung von Informationsveranstaltungen und die Koordination der Parcoursausleihe konnten mit dem Bildungsangebot zu Kinderrechten etwa 20.000 Kinder im Alter zwischen 8 und 12 Jahren erreicht werden.

Auch über die Projektlaufzeit hinaus besteht die Möglichkeit, den Kinderschutzparcours auszuleihen. Informationen hierzu finden sich unten sowie über die Webseite (www.thema-jugend.de).

Wir freuen uns, dass Gundis Jansen-Garz der Kath. LAG, nicht zuletzt als Leserin unserer Publikationen, weiterhin verbunden bleiben wird. Das Team der Geschäftsstelle dankt ihr für die gute Zusammenarbeit, das kollegiale Miteinander und das Engagement für den Kinder- und Jugendschutz in Nordrhein-Westfalen.

Herzlichen Dank für den Einsatz und alles Gute für die Zukunft!

Herzlichen Dank für den Einsatz und alles Gute für die Zukunft!

Neu im Vorstand



Seit März 2025 ist **Beate Willenbrink** neues Mitglied im Vorstand der Katholischen Landesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz NRW e.V.

Sie ist Leiterin des Sachgebiets Jugendpastoral beim Bischöflichen Generalvikariat Münster. Die Diplom-Religions- und Diplom-Sozialpädagogin sowie Supervisorin und lebt in Münster. Im Vorstand vertritt Beate Willenbrink gemeinsam mit Katja Birkner die (Erz-)Bistümer in Nordrhein-Westfalen.

„Das gesunde Aufwachsen und die Identitätsentwicklung junger Menschen mit allen Dimensionen des Lebens liegen mir am Herzen. Kinder und Jugendliche haben das Recht, sich individuell, sozial und gesellschaftlich zu entfalten und einzubringen“, betont Beate Willenbrink. „Dazu ist das Engagement in der Jugendpastoral hilfreich und die Stimme der Kath. LAG nötig, die dieses Interesse und den Schutz Heranwachsender an vielfältigen Orten vertritt.“

Herzlich willkommen im Vorstand und auf gute Zusammenarbeit!

Neu im Redaktionsbeirat



Der Redaktionsbeirat der THEMA JUGEND freut sich über Verstärkung. Beim Frühjahrstreffen des Gremiums im April konnte **Prof.'in Dr. Heike Wiemert**, Vorsitzende der Katholischen Landesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz NRW e.V., offiziell als neues Mitglied des Beirats begrüßt werden.

Heike Wiemert ist an der Katholischen Hochschule Nordrhein-Westfalen in Köln als Dekanin im Fachbereich Sozialwesen und als Professorin für Theorien, Konzepte und Methoden Sozialer Arbeit mit dem Schwerpunkt Inklusiver Kinderschutz tätig.

Herzlich willkommen und auf gute Zusammenarbeit!

Projekt „Kinderschutzparcours“ endet

Ausleihe weiterhin möglich



Das erfolgreiche Projekt „Kinderschutzparcours im ländlichen Raum – Held*innentraining mit Finn und Emma“ endete nach vier Jahren Förderung durch den Kinder- und Jugendförderplan NRW am 30. April 2025. Es wurden zahlreiche Informationsveranstaltungen für Fachkräfte sowie Schulungen durchgeführt und in NRW insgesamt ca. 20.000 Kinder zwischen 8 und 12 Jahren mit dem Parcours erreicht. Das Bildungsangebot zu Kinderrechten setzte sich mit den Themen „Gewalt“, „Wut und Macht“, „Nähe und Distanz“, „Gefühle“ sowie „Hilfe holen“ auseinander. Wir freuen uns, durch die Förderung den Kinderschutzparcours in NRW bekannt gemacht und auch in ländliche Regionen getragen zu haben.

Die Katholische Landesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz NRW möchte auch weiterhin einzelnen Interessierten die Möglichkeit geben, einen der zwei Parcours über uns auszuleihen. Allerdings ist dies nur zu veränderten Ausleihmodalitäten und durch eine Kostenbeteiligung zu realisieren.

Eine Ausleihe ist nur noch von Schulferien zu Schulferien möglich. So besteht die Möglichkeit, den Parcours über einen längeren Zeitraum und somit flexibler einzusetzen. Hierfür können sich gerne mehrere Träger einer Region zusammenschließen. Die Kosten für eine Ausleihe betragen 400 €, darin enthalten sind u. a. 500 Exemplare der Kinderhefte. Weitere Exemplare können bei Bedarf zu einem geringen Beitrag in der Geschäftsstelle angefordert werden.

Die Teilnahme an einer Infoveranstaltung (zur Ausbildung von mind. vier Moderator*innen) ist Voraussetzung für die Parcoursausleihe. Falls Sie noch keine Infoveranstaltung zum Kinderschutzparcours besucht haben, kann eine Inhouse-Schulung für 570 € (plus Fahrtkosten) über uns gebucht werden.

Die Abholung und die Rückgabe des Parcours in unserer Geschäftsstelle in Münster erfolgen durch die Ausleihenden.

Informationen erhalten Sie unter www.thema-jugend.de oder in der Geschäftsstelle (info@thema-jugend.de), Telefon 0251 54027.

Außerdem besteht die Möglichkeit, den Parcours käuflich zu erwerben. Dies erfolgt über die Kolleg*innen der Landesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz Thüringen e.V. (www.jugendschutz-thueringen.de).



WISSEN TO GO! „(Cyber-)Mobbing“ erschienen

**Aktualisierte Neuauflage für
Jugendleitungen**

Praxisnahes, kompaktes Basiswissen und konkrete Tipps für die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen sind die Kennzeichen der Reihe WISSEN TO GO! für Jugendgruppenleitungen. Eine überarbeitete und aktualisierte Neuauflage der Ausgabe zum Thema „(Cyber-)Mobbing“ ist erschienen.

Wenn Kinder oder Jugendliche über einen längeren Zeitraum hinweg mithilfe moderner Kommunikationsmittel schikaniert werden, spricht man von (Cyber-)Mobbing. Das Belästigen oder Bedrohen erfolgt z. B. in Foren oder Chats, in Sozialen Netzwerken oder durch die Verbreitung bloßstellender (oftmals manipulierter) Bilder oder Videos. Jede*r dritte Jugendliche hat das im Bekanntenkreis schon einmal erlebt. Im digitalen Raum können die Angriffe zu jeder Zeit und an jedem Ort erfolgen. Zudem können sie unüberschaubare Kreise ziehen, wirken sich auch auf das Leben Heranwachsender im analogen Raum aus und stellen für junge Betroffene eine große Belastung dar. Erfahren Leiter*innen von Jugendgruppen oder Ferienfreizeiten von einem solchen Geschehen, ist es wichtig, mit Bedacht einzuschreiten.

Der Flyer der Reihe WISSEN TO GO! bietet (ehrenamtlichen) Leitungen von Kinder- und Jugendgruppen grundlegende Informationen, nützliche Handreichungen und Hinweise zu weiterführenden Angeboten zum Thema „(Cyber-)Mobbing“: Wie kann man Betroffene sinnvoll unterstützen? Wer ist an einer Problemlösung zu beteiligen? Wie kann man sich selbst schützen? Und warum ist ein generelles Onlineverbot keine brauchbare Lösung? Diese und weitere Fragen werden in der aktualisierten Veröffentlichung beantwortet.

Konkrete Tipps für die Praxis fasst der Flyer übersichtlich in einem Ampelsystem zusammen:

Grün: Tipps zum Umgang mit dem Thema „(Cyber-)Mobbing“

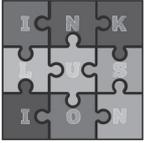
Orange: Folgende Dinge müsst ihr berücksichtigen

Rot: Das solltet ihr unbedingt vermeiden

So können sich Gruppenleitende schnell informieren, werden handlungssicherer bei ihrer Arbeit mit Kindern und Jugendlichen und erhalten Hinweise auf weitergehende Unterstützung.

Herausgegeben wird die Reihe WISSEN TO GO! vom Bund der Deutschen Katholischen Jugend – Landesverband NRW e.V. (BD-KJ NRW) und der Katholischen Landesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz NRW e.V.

Als 5er-Pack sind die Flyer für 1,- Euro zzgl. Versandkosten erhältlich. Bestellungen per E-Mail an info@thema-jugend.de. Als PDF steht der Flyer kostenfrei zur Verfügung unter <http://thema-jugend.de/publikationen/wissen-to-go/>.



Kooperationsveranstaltung

Save the date: Basistag

Veranstaltung „Inklusion im Kinderschutz“ für Fachkräfte

Am 8. Juli 2025 findet im Gerd-Bucerius-Saal in Hamm ein Basistag zu Inklusion im Kinder- und Jugendschutz als Kooperationsveranstaltung der Katholischen Landesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz NRW e.V., der Arbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz NRW (AJS) und der Evangelischen Landesstelle Kinder- und Jugendschutz NRW statt.

Das Thema „Inklusion im Kinderschutz“ ist spätestens mit der inklusiven Ausrichtung des SGB VIII keine vage Möglichkeit mehr, sondern eine rechtliche Verpflichtung für alle Akteur*innen der Jugendhilfe. Aber was bedeutet dies konkret für die pädagogische Praxis?

Beim Basistag wollen wir konkrete Antworten auf diese Frage finden – mit Vorträgen, Workshops und Raum für Austausch.

Weitere Informationen finden sich unter www.thema-jugend.de.



Projekt „Sexuelle Bildung“

Themenspezifische Vertiefungsangebote starten

Anmeldung zu Toppings

Nach dem gelungenen Auftakt im vergangenen Jahr mit der Schulung „Basic Sexuelle Bildung“ geht das Projekt der Katholischen Landesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz NRW e.V. nun in die zweite Runde. Im Jahr 2025 stehen themenspezifische und praxisnahe Vertiefungen an: sogenannte „Toppings“.

Das Projekt, gefördert durch den Kinder- und Jugendförderplan NRW, richtet sich an Fachkräfte aller Träger in der Jugendsozialarbeit, der offenen und verbandlichen Jugendarbeit sowie der Schulsozialarbeit – unabhängig von konfessioneller Zugehörigkeit.

Fachlich begleitet wird das Projekt von der Sexualpädagogin Charlotte Jost, die als Referentin die Veranstaltungen durchführt und als Ansprechpartnerin für Anmeldung und Beratung zur Verfügung steht.

Topping Vielfalt

Online | 10-13 Uhr | Termine: 11.06.2025, 17.09.2025

Was bedeutet LGBTQIA*? Die Schulung vermittelt grundlegende Begriffe und Definitionen aus dem Spektrum geschlechtlicher sowie sexueller Vielfalt und lädt zur Reflexion der eigenen Haltung ein. Außerdem bietet sie Einblicke in die Lebensrealität queerer Jugendlicher. Praxisnah werden Handlungsoptionen für einen möglichst diskriminierungsarmen Umgang in der Jugendarbeit erarbeitet.

Topping Kultursensibilität

Online | 10-13 Uhr | Termine: 18.06.2025, 08.10.2025

Die Schulung bietet Raum zur Reflexion der Begriffe „Kultur“ und „Sexualität“ sowie ihrer Verflechtungen im pädagogischen Kontext. Im Zentrum steht die Auseinandersetzung mit der eigenen Rolle als Fachkraft – mit dem Ziel, mehr Handlungssicherheit für eine kultursensible Sexuelle Bildung mit Kindern, Jugendlichen und Eltern zu entwickeln.

Topping Methoden

Vernetzungstreffen

In Präsenz | 9.30 -16 Uhr | Kostenbeitrag: 20 €

Dortmund: 03.09.2025 (Anmeldeschluss: 01.08.2025)

Köln: 05.11.2025 (Anmeldeschluss: 01.10.2025)

Das Treffen richtet sich exklusiv an Teilnehmende der Basic-Veranstaltungen aus 2024. Im Fokus stehen der kollegiale Austausch sowie die Frage, wie Sexuelle Bildung in der beruflichen Praxis umgesetzt wird. Erfahrungen können geteilt und reale oder fiktive Fälle gemeinsam reflektiert und beraten werden. Zudem werden sexualpädagogische Methoden praktisch erprobt.

Anmeldungen und Informationen bei Charlotte Jost, Projektreferentin Sexuelle Bildung, per E-Mail (charlotte.jost@thema-jugend.de) oder telefonisch (0251 54027).

Kooperationsveranstaltung

Prävention wirkt in Kirche und Gesellschaft

Fachtag der (Erz-)Bistümer in NRW

Unter dem Motto „Prävention wirkt in Kirche und Gesellschaft“ fand am 1. April in Köln der erste Fachtag Prävention mit über 350 Teilnehmenden statt. Organisiert von den Präventionsbeauftragten der fünf (Erz-)Diözesen in NRW, brachte die Veranstaltung Fachleute aus Politik und Kirche, Betroffene und Vereine in den Dialog. Präventionsfachkräfte und Interessierte diskutierten, wie der Schutz von Kindern, Jugendlichen und hilfebedürftigen Erwachsenen weiter verbessert werden kann.

Die Katholische Landesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz NRW e.V. war mit der Geschäftsführerin Ilka Brambrink als Moderatorin des Podiumsgesprächs, der Vorsitzenden Prof:in Dr. Heike Wiemert als Leitung des Workshops „Inklusiver Kinderschutz in der Jugendhilfe“ und mit der Referentin für das Projekt „Kinderschutzparcours“, Gundis Jansen-Garz, vertreten.

Themenschwerpunkte des Fachtags waren die bisherigen Erkenntnisse, die Vielfalt und Weiterentwicklung von Prävention und Schutzkonzepten sowie die Ergebnisse der gemeinsamen Wirksamkeitsstudie der Bistümer. Neben einem Podiumsgespräch standen Workshops und ein Markt der Möglichkeiten auf dem Programm. Gerahmt wurde der Fachtag von der Improvisationstheatergruppe Emscherblut.



Die Präventionsbeauftragten der (Erz-)Bistümer in NRW: Vanessa Meier-Henrich (Paderborn), Mechtild Bölting (Aachen), Dorothe Möllenberg (Essen), Katja Birkner (Köln) und Beate Meintrup (Münster) (v. l. n. r.)

Fachtag ermöglicht gesellschaftlichen Dialog

Für einen besseren Schutz von Kindern, Jugendlichen und schutz- oder hilfsbedürftigen Erwachsenen als Aufgabe und Auftrag der Prävention tauschten sich vertretende aus Politik und Kirche sowie Initiativen und Vereine aus. Mit dabei waren Kerstin Claus, Unabhängige Beauftragte für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs und Nina Andriessen, Mitglied im Ausschuss Familie, Kinder und Jugend sowie Vorsitzende der Kinderschutzkommission des Landtags NRW. Johannes Norpoth, Mitglied des Betroffenenbeirats bei der Deutschen Bischofskonferenz (DBK), nahm an der Podiumsdiskussion teil. Weitere Sprecher waren Dr. Antonius Hamers, Leiter des Katholischen Büro in NRW und Diözesanadministrator für das Bistum Münster sowie der stellvertretende Vorsitzende der DBK, Dr. Michael Gerber.



Podiumsgespräch mit Bischof Michael Gerber (Stellv. Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz), Ilka Brambrink (Geschäftsführerin der Kath. LAG, Moderation), Johannes Norpoth (Mitglied im Betroffenenbeirat der Deutschen Bischofskonferenz) und Nina Andriessen (Vorsitzende der Kinderschutzkommission im Landtag NRW) (v. l. n. r.)

Kerstin Claus äußerte sich zuversichtlich: „Ich freue mich sehr, dass die katholischen Bistümer in Nordrhein-Westfalen nicht nur eine Studie zur Wirksamkeit von Prävention in Auftrag gegeben haben, sondern jetzt auch einen Fachtag zum Thema veranstalten. Die Studie zeigt, wie wichtig die Evaluation der eigenen Präventionsarbeit für die Qualitätsentwicklung ist. Nur der kritische Blick auf Lücken und Entwicklungsbedarfe führt dazu, eine Kultur der Achtsamkeit und Verantwortungsübernahme zu schaffen. Nur wenn Schutzkonzepte immer wieder angepasst und mit allen Beteiligten neu reflektiert werden, wird sexuelle Gewalt frühzeitig ansprechbar und kann eher erkannt und beendet werden.“ Auf einem „Markt der Möglichkeiten“ hatten Initiativen, Institutionen und Vereine für Kinderschutz und Prävention die Gelegenheit ihre Arbeit vorzustellen. Zu den Ausstellenden gehörten die Kath. LAG Kinder- und Jugendschutz NRW e.V., die Landesfachstelle Prävention sexualisierte Gewalt NRW (PsG.nrw), der Kölner Verein Zartbitter e.V., das Landesjugendamt des LVR/LWL und die Kriminalprävention/Opferschutz der Polizei NRW.

„Kann Prävention wirken?“ – Ergebnisse der Wirksamkeitsstudie

Die Workshops am Nachmittag standen unter der Fragestellung „Kann Prävention wirken?“. Themenschwerpunkte waren u. a. die Wirksamkeitsstudie, Prävention und die katholische Sexualmoral,



Den Stand der Kath. LAG beim Markt der Möglichkeiten betreute Gundis Jansen-Garz, Referentin für das Projekt „Kinderschutzparcours für den ländlichen Raum“

Prävention im Sportverein, Sensibilisierung von Mitarbeitenden bezüglich Prävention und der Weg zu einer inklusiven Kinder- und Jugendhilfe.

In einem Workshop wurde die Wirksamkeitsstudie, die vom ISA (Institut für soziale Arbeit e. V.) und dem Forschungszentrum SOCLES durchgeführt wurde, vorgestellt. In ihr wurden die Aktivitäten und Konzepte der Präventionsarbeit der NRW-Bistümer seit 2010 evaluiert. Sie bestätigte Fortschritte gegen sexualisierte Gewalt durch die Präventionsmaßnahmen. Verbesserungsbedarf gab es bei der Beteiligung von Betroffenen, Kindern und Jugendlichen sowie der qualifizierten Einbindung ihrer Perspektiven.

Eine Dokumentation des Fachtags mit weiterführenden Beiträgen wird als Publikation erscheinen.

Abschlussbericht der Studie „Kann Prävention wirken?“ (https://www.bistum-essen.de/fileadmin/relaunch/Meldungen/PDF_fuer_Meldung/Abschlussbericht-Pr-NRW.pdf)

Ergebnispräsentation der Studie (https://www.bistum-essen.de/fileadmin/relaunch/Meldungen/PDF_fuer_Meldung/Ergebnispr-sentationPr-NRW_20.11.pdf)



Elternwissen „Sexualisierte Übergriffe durch Jugendliche“ erschienen

Aktualisierte Neuauflage für Erziehungsberechtigte

Sexualisierte Übergriffe durch Jugendlichen sind keineswegs selten. Sie passieren im digitalen wie im analogen Raum, mit oder ohne Körperkontakt – häufig auch in vertrauten Umgebungen. Viele Heranwachsende erleben verbale Belästigungen, ungewollte Berührungen, erpresste oder sogar mit Gewalt erzwungene sexuelle Handlungen durch Gleichaltrige.

Eltern können wesentlich dazu beitragen, sexuellen Grenzverletzungen durch Jugendliche vorzubeugen und ihr Kind unterstützen, wenn dennoch ein Übergriff passiert ist. Familiäre Bezugspersonen sind Vorbilder und trotz Informationsflut im digitalen Raum und Einfluss der Gleichaltrigen oft eine wichtige Informationsquelle, wenn es um Fragen der Sexualität geht.

Welche Botschaften Eltern ihren Kindern vermitteln können, um ihnen den Zugang zu einer selbstbestimmten und Grenzen achtenden Sexualität zu ermöglichen, und wie sie reagieren können, wenn ihr Kind von beobachteten oder erlebten sexualisierten Übergriffen berichtet, wird in dieser Broschüre vorgestellt. Erweitert ist die überarbeitete und aktualisierte Ausgabe um Informationen zu sogenannten K.o.-Tropfen und zu Persönlichkeitsrechten im digitalen Raum.

Die Reihe Elternwissen der Katholischen Landesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz NRW e.V. unterstützt Erziehungsberechtigte und familiäre Bezugspersonen mit pointierten Informationen, Erläuterungen und konkreten Handlungsempfehlungen in pädagogischen Fragen. Die Broschüren sind auch für Elternabende oder (außerschulische) Elternarbeit und für Veranstaltungen der Familienbildung geeignet.

Ein Ansichtsexemplar ist kostenfrei, Einzelexemplar 0,60 Euro, 10 Expl. 5,- Euro, 25 Expl. 12,- Euro, 50 Expl. 20,- Euro, Komplettpaket (alle Ausgaben soweit vorhanden) 10,- Euro (jeweils zzgl. Versandkosten). Bestellungen unter Tel.: 0251 54027 oder per E-Mail an info@thema-jugend.de

Als PDF steht die Broschüre kostenfrei zur Verfügung unter www.thema-jugend.de/publikationen/elternwissen/.



Jahresbericht 2024 erschienen

Die Aktivitäten der Katholischen Landesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz NRW e.V. im vergangenen Jahr fasst der Jahresbericht 2024 zusammen: Hier werden die aktuellen Personalbesetzungen der Geschäftsstelle und des Vorstands vorgestellt und die

Schwerpunkte unserer Arbeit beschrieben. Der Bericht informiert über durchgeführte Veranstaltungen, Kooperationen und Netzwerkarbeit sowie über die laufenden Projekte der Kath. LAG und gibt einen Überblick über neu erschienene Publikationen im vergangenen Jahr.

<https://www.thema-jugend.de/wir-ueber-uns/leitbild-jahresberichte-satzung>

THEMA JUGEND

Zeitschrift für Jugendschutz und Erziehung
erscheint vierteljährlich

Herausgeberin:

Katholische Landesarbeitsgemeinschaft
Kinder- und Jugendschutz NRW e.V.
V.i.S.d.P.: Dr. Lea Kohlmeier
Schillerstraße 44a, 48155 Münster
Telefon 0251 54027
Telefax 0251 518609
E-Mail: info@thema-jugend.de
www.thema-jugend.de

Redaktion:

Dr. Lea Kohlmeier

Bildrechte:

Titel: Pixabay; S. 2, 20, 27: Achim Pohl; S. 3, 4, 5: BAG KJS;
S. 7, 8, 10, 11, 12, 14, 29: Pixabay; S. 9: LAG Ö/F; S. 11: VKH e.V.;
S. 12, 14: *Sofahopper.de*; S.15: Off Road Kids Stiftung; S. 28: privat;
S. 28, 29: Kath. LAG; S. 29, 30: Vera Sturm Erzbistum Köln

Redaktionsbeirat:

Dr. med. Michael Achenbach, Facharzt für Kinder- und Jugendmedizin in Plettenberg, Pressesprecher des Landesverbands Westfalen-Lippe im Berufsverband der Kinder- und Jugendärzte e.V. (BVKJ)
Gesa Bertels, Soziologin, Dipl.-Sozialpädagogin, Deutsches Jugendinstitut – Abteilung Familie und Familienpolitik (Fachgruppe Familienhilfe und Kinderschutz)
Beke Honermann, M. A. Soziale Arbeit, Fachberaterin für Jugendhilfe im Strafverfahren und unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, LWL-Landesjugendamt Westfalen
Franziska Schulz, Fachreferentin für Öffentlichkeitsarbeit/Bildung, Landesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit Nordrhein-Westfalen e.V.

Herstellung:

Druckerei Joh. Burlage GmbH & Co KG
Meesenstiege 151, 48165 Münster
Telefon 0251 986218-0

Bezugspreis:

Einzelpreis 2,- Euro
Für Mitglieder und Mitgliedsverbände der Katholische Landesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz NRW e.V. ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion wieder.

Zitierhinweis:

Nachname, Vorname: Titel des Beitrags. In: THEMA JUGEND. Zeitschrift für Jugendschutz und Erziehung. Ausgabe 1/2025, Seitenangabe.

ISSN 0935-8935



THEMA JUGEND wird auf umweltfreundlichem Papier gedruckt.

NÄCHSTES GEPLANTES THEMA:

2/2025 Gutes Aufwachsen von Anfang an

NACHRICHTEN

Neues Forschungszentrum zu sexueller Gewalt an Kindern und Jugendlichen

Nach mehrjährigen wissenschaftlichen Vorarbeiten hat das Amt der Unabhängigen Beauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs (UBSKM) das Deutsche Jugendinstitut e.V. (DJI) mit dem Aufbau eines Zentrums für Forschung zu sexueller Gewalt an Kindern und Jugendlichen beauftragt. Dieses wird regelmäßig bundesweite Befragungen von Jugendlichen zu Ausmaß und Häufigkeit sexueller Gewalt und anderen Gewaltformen sowie zu Tatkontexten durchführen und Wissen und Expertise im Themenfeld bündeln.

„Seit über 10 Jahren wird kritisiert, dass es in Deutschland keine wissenschaftlich verlässlichen Zahlen zum Ausmaß sexueller Gewalt an Kindern und Jugendlichen gibt“, fasst Kerstin Claus (UBSKM) zusammen. „Diese brisante Wissenslücke wird durch das neue Forschungszentrum geschlossen werden. Die Erkenntnisse und Daten des Zentrums werden in die Arbeit meines Amtes und auch in meine Berichterstattung gegenüber der Politik einfließen [...]“

Das beim DJI angesiedelte Forschungszentrum setzt auf ein umfassendes Partizipationskonzept, das die Berücksichtigung verschiedener Perspektiven sicherstellt. Jugendliche, Erwachsene, die in ihrer Kindheit oder Jugend sexuelle Gewalt erlebt haben, sowie Vertretende aus Wissenschaft und Fachpraxis werden in die Planung und Durchführung der Studie, die Interpretation der Ergebnisse und die Ableitung von Empfehlungen eingebunden. Das Forschungsprojekt ist bis Oktober 2027 befristet. Das USBKM-Gesetz sieht vor, das Zentrum als wichtige Datenquelle für die USBKM-Berichterstattung gesetzlich zu verankern.

– USBKM / DJI –

Weltkindertag 2025

Der diesjährige Weltkindertag am 20. September steht unter dem Motto „Kinderrechte – Bausteine für Demokratie!“. UNICEF Deutschland und das Deutsche Kinderhilfswerk unterstreichen damit, wie wichtig die Umsetzung der Kinderrechte für die Zukunft und als Fundament der Demokratie ist. Kinder und Jugendliche, die ihre Rechte kennen und leben, verstehen besser, wie Demokratie funktioniert und wie sie sich aktiv einbringen können. Die beiden Kinderrechtsorganisationen fordern dazu auf, die Rechte der jungen Generation stärker als bisher bei politischen Entscheidungen miteinzubeziehen – für ein zukunftsfähiges und kinderfreundlicheres Land.

„Das Motto des Weltkindertages 2025 unterstreicht die fundamentale Bedeutung der Kinderrechte für unser Zusammenleben“, sagt Christian Schneider, Geschäftsführer von UNICEF Deutschland. „Um unsere 14,3 Millionen Demokratinnen und Demokraten von Morgen zu stärken, braucht es eine Politik, die Kinder, ihre Chancen und die Verwirklichung ihrer Rechte gezielt fördert.“

„Wir sehen tagtäglich, dass unsere Demokratie an vielen Stellen herausgefordert wird wie lange nicht. Deshalb ist es dringend angezeigt, unsere Demokratie zusammen mit der jungen Generation mit Leben zu füllen, ihre Voraussetzungen zu bewahren und sie offensiv gegen Bedrohungen zu verteidigen. Dafür braucht es auch die konsequente Umsetzung der Kinderrechte in allen Bereichen unserer Gesellschaft“, betont Holger Hofmann, Bundesgeschäftsführer des Deutschen Kinderhilfswerkes.

Zum Weltkindertag am 20. September 2025 ist eine gemeinsame bundesweite Mitmachaktion von UNICEF Deutschland und dem Deutschen Kinderhilfswerk geplant. Dabei werden die Kinderrechte als Bausteine für Demokratie im Fokus stehen.

Im September 1954 empfahlen die Vereinten Nationen ihren Mitgliedstaaten die Einführung eines weltweiten Tages für Kinder. Sie wollten damit den Einsatz für Kinderrechte stärken, die Freundschaft unter Kindern und Jugendlichen auf der Welt fördern und die Regierungen auffordern, die weltweite Arbeit von UNICEF zu unterstützen.

– Deutsches Kinderhilfswerk / UNICEF Deutschland –

Die nächste Ausgabe von
THEMA JUGEND
erscheint im August 2025
zu „Gutes Aufwachsen von Anfang an“
